Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postscheckkonto: Dresden 1539. Girokasse Riesa Nr. 53.

№ 221. Donnerstag, 21. September 1922, abends. 75. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 3.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 9.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittelungsgebühr 3.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Landtagswahl.

Infolge Landtagsauflösung macht sich Neuwahl erforderlich. Zur Aufstellung von Wahllisten werden Häuserlisten ausgegeben, in die sich jeder Wahlberechtigte eigenhändig einzutragen hat. Wähler ist jede männliche und weibliche reichsdeutsche Person, die am Wahltage, den 5. November 1922, das 20. Lebensjahr erfüllt hat, in Riesa wohnt und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist. Zur Einhaltung der Fristen ist es unbedingt notwendig, daß die Ausfüllung sofort erfolgt. Austragung und Einholung der Listen geschieht durch unsere Schutzmannschaft. **Die Hausbesitzer haben dafür zu sorgen, daß die Listen am Montag, den 25. September 1922, vormittag, zur Abholung bereit liegen.** Wer keine Liste erhält, fordert sie vom städtischen Einwohneramte.

Riesa, am 21. September 1922.

Der Stadtrat. Lie.

Kohlenverkaufspreise.

Für die nach dem 1. September ds. Js. vom Werk abgegangenen Sendungen Haushrandbriketts wird ein Kleinverkaufspreis von 240 M. pro Ztr. ab Lager des Händlers festgesetzt.

Die Kohlenkarten-Abschnitte für Mai und Juni werden hiermit für verfallen erklärt. Eine Belieferung derselben darf nicht mehr erfolgen.

Der Rat der Stadt Riesa, den 21. September 1922.

Umsatz- und Grunderwerbsteuer betreffend.

Vom 1. Oktober 1922 ab wird im Bezirke des Landesfinanzamtes Dresden die Verwaltung des Warenumsatzstempels nach dem Gesetze vom 26. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt Seite 639) sowie der Umsatzsteuer nach den Gesetzen vom 26. Juli 1918 (Reichsgesetzblatt Seite 779) und vom 24. Dezember 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 2157) und dem letztgenannten Gesetze in der Fassung des Abänderungsgesetzes vom 8. April 1922 (Reichsgesetzblatt Teil I Seite 373) und weiter die Verwaltung der Grunderwerbsteuer nach dem Gesetze vom 12. September 1919 (Reichsgesetzblatt Seite 1617) von den Gemeinden auf die Finanzämter übertragen.

Im Bezirke des Finanzamts Riesa sind daher vom genannten Tage ab die Stadträte zu Riesa, Lommatzsch und Strehla, sowie die Gemeindebehörde Gröba, für die Verwaltung der angeführten Steuern nicht mehr zuständig.

Riesa, am 20. September 1922.

Finanzamt.

Sonnabend, den 23. 9., abends 6 Uhr findet die **erste öffentliche Sitzung** der Kirchgemeindevertretung Gröba im Saalzimmer des Gasthauses zum Anker statt. Alle Kirchgemeindemitglieder haben Zutritt.

Der Kirchenvorstand.

Stellungnahme des Sächsischen Gemeindetages zu wichtigen Wirtschaftsfragen.

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages hatte zu einer außerordentlichen Sitzung für Dienstag, den 19. September, vormittags 9 Uhr im Rathause zu Dresden eingeladen, um für die Gesamtheit der sächsischen Gemeinden bei der außerordentlich gespannten Wirtschaftslage zu einer Reihe Ernährungs- und anderen Fragen Stellung zu nehmen.

Der Vorsitzende des Sächsischen Gemeindetages, Oberbürgermeister Blüher-Dresden, gab zunächst bekannt, daß die Aussprache, um ein möglichst greifbares Resultat zu erzielen, auf einige hervorstechende Punkte, insbesondere Kartoffel- und Zuckerversorgung, Tätigkeit der Preisprüfungsstellen, Wiederbeschaffungspreis usw. beschränkt bleiben solle.

I. Kartoffelversorgung.

Die Vertreter des Wirtschaftsministeriums führten aus, daß der Reichsernährungsminister leider auf die Anregungen des sächsischen Wirtschaftsministeriums nicht in dem erforderlichen Maße eingegangen sei, insbesondere das Umlageverfahren für Kartoffeln abgelehnt hat. Das Reich habe auch die Einführung von Höchstpreisen abgelehnt. In den Ländern sollen lediglich, und zwar in Sachsen bei der Preisprüfungsstelle, Kartoffelnotierungskommissionen eingerichtet werden, damit eine ständige Ueberwachung des Kartoffelpreises stattfinden kann. Außerdem sollen die Tarife für Kartoffeltransporte herabgesetzt werden. Das Sächsische Wirtschaftsministerium werde auch beim Finanzministerium 200 Millionen Mark Verfügungsgeld zur Kreditversorgung für die Kartoffelversorgung anfordern. Dieses Verfügungsgeld soll für Gemeinden und Kommunalverbände oder auch für Händler gegeben werden. In letzterem Falle aber nur, wenn die Gemeinden die Bürgschaft übernehmen.

Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums wies darauf hin, daß nach allen vorliegenden Nachrichten mit einer reichlichen Kartoffelernte gerechnet werden könne. Sehr bedeutungsvoll ist eine Nachricht der Großeinkaufsgesellschaften deutscher Konsumvereine vom 12. September d. J. an das Wirtschaftsministerium, worin mitgeteilt wird, **daß diese Einkaufsgesellschaft in sehr großem Umfange durch Lieferungsverträge ihren Bedarf gedeckt habe, und daß als endgültig feststehend angesehen werden könne, daß die sächsischen Konsumvereine aus den abgeschlossenen Lieferungsverträgen in den Ueberschußgebieten mit der vollen Bedarfsmenge beliefert werden können.**

Es wurde beschlossen:

1. die Regierung zu ersuchen, 500 Millionen Mark als Verfügungsgeld zur Beschaffung für Kartoffeln für die Gemeinden zur Verfügung zu stellen und von der Forderung der Uebernahme der Bürgschaft durch Gemeinden und Kommunalverbände mit Rücksicht auf die täglich schlimmer werdende Finanzlage der Gemeinden abzusehen,
2. die Regierung zu ersuchen, mit dem Reich und den Nachbarstaaten in Verbindung zu treten, um unzulässigen Aufkaufshandel, der die Preise über jedes angemessene Maß hinaustreibt, zu unterbinden,
3. beim Reich und der Regierung darauf hinzuwirken, daß den Gemeinden Mittel zur Verfügung gestellt werden, mit denen ein bestimmter Kreis von Minderbemittelten, insbesondere die Erwerbslosen, die Sozial- und Kleinrentner, die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und die Empfänger von Fürsorgeunterstützung mit Kartoffeln zu einem verbilligten Preise versorgt werden können.

Nach alledem ist deshalb an die Bevölkerung die Mahnung zu richten, von Hamster- und übermäßigen Deckungseinkäufen abzusehen, weil einmal nach Lage der Ernteverhältnisse hierzu kein Grund vorliegt und ferner die geordnete Versorgung zum Nachteil aller Verbraucher dadurch nur erschwert wird. Das Wirtschaftsministerium hat deshalb auch einzelnen Organisationen, z. B. Betriebsräten usw. eine besondere Aufkaufserlaubnis verweigert.

II. Zuckerversorgung.

Zur Frage der Zuckerversorgung sagte der frühere Leiter der Zuckerversorgungsstelle Sachsens, Geh. Kommerzienrat Schleich-Dresden, daß der Inlandszucker zum Verbrauch für die Bevölkerung als Milch-, Kranken- und sonstiger Zucker reserviert bleiben muß, und daß die Zucker verarbeitende Industrie, namentlich die Schokoladen- und Likörfabriken, restlos auf Auslandszucker verwiesen werden sollen. Das Wirtschaftsministerium will für den Inlandszucker die restlose Zwangswirtschaft wieder einführen, um eine gerechte Verteilung auf die Bevölkerung sicherzustellen. Auch die anderen Länderregierungen sind diesem Gedanken des sächsischen Wirtschaftsministeriums nähergetreten. Bei der Durchführung dieser Regelung würde künftig Auslandszucker in den Geschäften überhaupt nicht zu kaufen sein und lediglich Inlandszucker und zwar zu Inlandspreisen zur Verfügung stehen.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1593 Mark.

III. Brotversorgung.

Der aus der Presse bekannt gewordene Beschluß des Reichstagsausschusses vom 16. September, durch den er sich für eine Erhöhung des bereits festgelegten Preises für das erste Drittel der Getreideumlage ausgesprochen habe, wurde von allen Seiten lebhaft bekämpft. Es wurden einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt:

1. **Der Vorstand des Sächsischen Gemeindetages unterstützt die Staatsregierung darin, daß es hinsichtlich des Preises für das erste Drittel des Umlagegetreides bei den vom Reichstag bereits beschlossenen Bestimmungen verbleiben muß.**
2. er ersucht die Staatsregierung, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß keine weitere Verschlechterung des Brotes eintritt und daß die Regierungen jede weitere Brotpreiserhöhung, die nicht durch die Gestehungskosten gerechtfertigt ist, verhindert.

IV. Preisprüfungsstellen.

Endlich erstatteten die Vertreter der Regierungen Bericht über die Tätigkeit und die Aufgaben der staatlichen und örtlichen Preisprüfungsstellen, wobei aus der Versammlung darauf hingewiesen worden ist, daß die örtlichen Preisprüfungsstellen nur ungenügend arbeiteten. Hinsichtlich des außerordentlich wichtigen Problems des Wiederbeschaffungspreises bestand keine volle Einigkeit. Man erkannte an, daß dem Handel unbedingt nachgelassen sein muß, in den Zeiten der jetzigen sprunghaft steigenden Geldentwertung für seine Waren einen Verkaufspreis zu nehmen, der ihm die Anschaffung der nächsten im Einkaufspreis höheren Ware gestattet. Der Standpunkt des sächsischen Wirtschaftsministeriums ist der, daß dem legitimen Handel das Recht eines Durchschnittspreises zwischen der alten und der neuen Ware eingeräumt wird. Nur dadurch kann Warenmangel und damit verbundene Preissteigerungen auf der einen Seite und schließliches Erlahmen der Industrie, der es an Aufträgen fehlen würde, und im Zusammenhange damit eine Arbeitslosigkeit vermieden werden.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. September 1922.

—* **Ein Hilfswerk des Reiches für die Gemeinden.** Im Zusammenhang mit dem Beschluß der Girozentrale der deutschen Sparkassen, den Kommunen den Kredit zu sperren, teilt eine Berliner Korrespondenz mit, daß sich der Reichsfinanzminister zu einem Hilfswerk entschlossen habe. Die Oberfinanzkassen der Landesfinanzämter seien telegraphisch angewiesen worden, die Hälfte des gesamten Veranlagungssolls der Einkommensteuer für 1920 ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Einzahlungen den einzelnen Landesregierungen als Vorschuß für die Gemeinden zu überweisen. Zur Unterstützung der Gemeinden steht damit ein einmaliger Vorschuß von insgesamt 14 Milliarden zur Verfügung.

—* **Veränderungen in der Verwaltung der Umsatz- und Grunderwerbsteuer.** Nach der amtlichen Bekanntmachung des Finanzamts Riesa in der vorliegenden Nummer treten vom 1. Oktober ds. Js. ab in der Verwaltung der Umsatz- und Grunderwerbsteuer Veränderungen ein. Die Stadträte zu Riesa, Lommatzsch und Strehla, sowie die Gemeindebehörde zu Gröba sind nicht mehr zuständig. Die Steuerpflichtigen dieser Gemeinden haben künftig in allen Fällen mit dem Finanzamt Riesa zu verkehren und Steuern der erwähnten Art vom 1. Oktober ds. Js. ab unmittelbar an die Finanzkasse Riesa in bar oder im Ueberweisungswege zu entrichten.

—* **Der Brotpreis.** Das Reichsernährungsministerium veröffentlicht durch die Korrespondenz Dena eine Meldung über die Brotpreiserhöhung. Es heißt darin unter anderem, eine spätere Erhöhung des Brotpreises werde sich nicht umgehen lassen. Der von der Reichsgetreidestelle festgesetzte Preis für das Brotgetreide betrage zurzeit im Inlande 11 000 M. für die Tonne, während Auslandsgetreide 50 000 M. bis 60 000 M. die Tonne kostet. Das Ernährungsministerium ist also gezwungen, eine neue Erhöhung des Umlagepreises vorzubereiten, um wenigstens einen kleinen Ausgleich herbeizuführen. Mit einer sofortigen Heraufsetzung des Brotpreises auf ein Mehrfaches ist aber nicht zu rechnen, da sich die Erhöhung des neuen Getreides erst in einigen Wochen auswirken wird. Außerdem werden die Kabinettsberatungen auf keinen Fall eher stattfinden, als die sozialdemokratischen Minister wieder nach Berlin zurückgekehrt sind. Vor Ergreifung einer derartigen Maßnahme ist auch geplant, die Parteien zu hören.

—* **Notschrei für die Kleinrentner.** Der Verein der Klein- und Mittelrentner Sachsens E. V. hat vom Ministerium des Innern die Erlaubnis für eine öffentliche Sammlung zugunsten seiner infolge der großen Teuerung notleidenden Mitglieder erhalten, von denen viele ein Jahreseinkommen von noch nicht mal 1000 M. haben, bei dem sie jetzt buchstäblich hungern und im kommenden Winter frieren werden müssen. Die Sterblichkeit infolge der Unterernährung unter ihnen ist jetzt schon eine große; die ihnen von den Behörden gewährten Unterstützungen reichen bei den jetzt so hohen Preisen für die allernotwendigsten Lebensbedürfnisse nicht aus, um sie vor vollständiger Verelendung zu bewahren, und so wendet sich nunmehr der Verein an alle noch im nutzbringenden Erwerbe stehenden Personen mit der dringendsten Bitte, der jetzt Aermsten der Armen zu gedenken und durch eine Abgabe von ihrem Ueberflusse mitzuhelfen, ihre trostlose Lage aufzubessern und sie vor dem Hunger- und Erfrierungstode zu bewahren! Spenden für sie bittet man durch Zahlkarte zu richten an obigen Verein, Postscheckkonto Dresden Nr. 110811, für die er jetzt schon im Namen seiner 30 000 Mitglieder herzlichst dankt.

—* **Fernsprechgebühren.** Auf Grund der §§ 9 und 12 des Fernsprechgebühren-Gesetzes vom 11. Juli 1921 (Reichs-Gesetzblatt S. 913) sind mit Zustimmung des Reichsrates und des in Frage kommenden Reichstagsausschusses die durch das Fernsprechgebühren-Gesetz und die Fernsprechordnung festgesetzten Fernsprechgebühren mit Wirkung vom 1. Oktober 1922 ab um 600 (sechshundert) v. H. erhöht worden. Die Teilnehmer sind berechtigt, infolge dieser Gebührenerhöhung ihre Anschlüsse oder Teile davon bis zum 25. September für den 30. September zu kündigen. Die Grundgebühr für einen Fernsprechhauptanschluß im Ortsfernsprechnetz Riesa beträgt, soweit er nicht weiter als 5 km vom Postamt 1 (der Vermittlungsstelle) entfernt ist, ab 1. Oktober 1922 3500 M. jährlich. Die seinerzeit veröffentlichten Gesprächsgebühren für den Fernverkehr sind ab 1. Oktober mit 7 malzunehmen. Ein Ortsgespräch kostet vom selben Tage ab 1.75 M.

—* **Unterstützung der Angehörigen der noch nicht heimgekehrten Avignon-Gefangenen.** Den Angehörigen der am 1. August 1922 noch nicht heimgekehrten sogenannten-Avignon-Gefangenen soll, wie der Preußische Pressedienst mitteilt, nach einer Verfügung des Ministers des Innern eine einmalige außerordentliche Unterstützung aus Reichsmitteln im Betrage von 3000 bis 5000 Mark zur Verfügung gestellt werden. Anspruch darauf haben die bisher aus Reichsmitteln unterstützten und noch bedürftigen Angehörigen. Die Unterstützungsbeträge sollen möglichst bald ausgezahlt werden.

—* **Wochenbericht des Landesamts für Arbeitsvermittlung.** Die ungünstige Wirtschaftslage brachte auch in der Berichtswoche immer mehr Arbeitsuchende auf den Markt. Der geringe Bedarf an neuen Arbeitskräften und die immer stärker werdende Entlassung ist auf Arbeits- und Kohlenmangel zurückzuführen, besonders aber auch auf die immer weiter fortschreitende Entwertung unserer Mark, deren Kaufkraft auch im Inlande mehr und mehr verliert. In der Landwirtschaft fehlen noch Knechte und Mägde in jedem Lebensalter sowie Burschen, während an Verheirateten kein Mangel besteht. Bei den Gärtnern glich sich im allgemeinen Angebot und Nachfrage aus. Im Bergbau ist der Bedarf gedeckt. Aus der Ziegeleiindustrie werden Entlassungen gemeldet. In der Metallindustrie blieb die Vermittelungstätigkeit recht ruhig. Teilweise wurden Anträge auf Zuweisung von Facharbeitern wieder zurückgezogen. In der chemischen Industrie ließ die günstige Konjunktur nach. Die Textilindustrie war für neue Arbeitskräfte so gut wie nicht aufnahmefähig. Die bisher günstige Lage des Buchbindergewerbes verschlechterte sich in der Berichtswoche. Im Sattler- und Tapezierergewerbe trat keine Besserung ein. Das Holzgewerbe zeigte sich weniger aufnahmefähig als in der Vorwoche. Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnten nur vereinzelte Bäcker als Aushilfen vermittelt werden. Der Zugang der Arbeitslosen hielt an. Wegen Arbeits- und Kohlenmangel melden sich

auch wieder Arbeitslose aus der Putzwarenindustrie, ebenso stieg die Erwerbslosenziffer im Fleischergewerbe. Aufnahmefähig blieb die Konserveninduſtrie, namentlich für Frauen und Mädchen. Der Bedarf an Brauern als Mälzer für Malzfabriken konnte nicht restlos gedeckt werden. Aeußerst ungünstig gestalteten sich die Verhältnisse in der Zigarrenbranche. Für arbeitsuchende Schneider, Putzmacherinnen, Weißnäherinnen, Kürschner, Pelzmaschinennähe-rinnen und Mützenmacher ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt unverändert günstig. Infolge der außerordentlichen Steigerung aller Baukosten wird die Bautätigkeit eingeschränkt. Namentlich steigt die Zahl der entlassenen Bauhilfsarbeiter; vielfach sind dies Leute, die infolge besserer Entlohnung im Baugewerbe ihr Arbeitsverhältnis in der Industrie im Frühjahr bezw. Sommer aufgegeben haben. Das Angebot an offenen Stellen im Malergewerbe nahm etwas zu, gut beschäftigt blieben Ofensetzer, Dachdecker und Steinsetzer. Die Zahl der erwerbslosen Schriftsetzer und Buchdruckmaschinenmeister ist weiter gestiegen. Das Handelsgewerbe hat noch immer Bedarf an jüngeren Arbeitskräften. Für ältere Kaufleute ist keine Besserung zu verzeichnen. Wenig Arbeitsgelegenheit war für Kellner und Hilfspersonal für das Gastwirtsgewerbe vorhanden. Für Ungelernte und Gelegenheitsarbeiter bot sich nur wenig Arbeit. An häuslichem Personal mangelt es nach wie vor.

—* **Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte.** Die gesetzlichen Vorschriften, wonach einem Schwerbeschädigten nur mit Zustimmung der Hauptfürsorgestelle rechtswirksam gekündigt werden kann, sind erneut bis zum 1. Januar 1923 verlängert worden. Bis dahin wird voraussichtlich das neue Schwerbeschädigtengesetz, welches das gegenwärtig geltende Gesetz vom 6. April 1920 in wesentlichen Punkten ändert, in Kraft getreten sein. Der Entwurf des neuen Gesetzes ist bereits fertiggestellt und wird den gesetzgebenden Körperschaften alsbald nach den Parlamentsferien zugehen. Die in der Presse verbreiteten Nachrichten, wonach die neuen Bestimmungen bereits am 1. Oktober 1922 in Kraft treten sollen, beruhen auf einem Irrtum.

—* **Reichsmietengesetz und Beamtendienstwohnung.** Das sächsische Finanzministerium, das Kultusministerium und das Ministerium des Innern geben in einer Verordnung bekannt, daß eine Nachprüfung der Sätze erfolgen soll, die bisher Staatsbeamten und Lehrern für Dienstwohnungen in Anrechnung gebracht sind, und zwar unter Berücksichtigung der im Reichsmietengesetz vorgesehenen neuen Sätze. Die Nachprüfung soll so erfolgen, daß die notwendige Erhöhung vom 1. Oktober ab wirksam wird.

* **Gröba.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 19. d. M. auf der Nordseite des neuen Hafens in der Nähe des Bergeschuppens E eine Feldschmiede mit ovaler Feuerplatte, am selben Tag von 6 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags aus dem Fahrradaufbewahrungsschuppen im Eisenwerk ein Herrenfahrrad nichtbekannter Marke und mit unbekannter Nummer und in Neu-Weida gegen ½4 Uhr nachmittags ein vor dem Café Edelweiß gestandenes neues Damenrad „International", Nummer 383 245. Das Herrenrad hat schwarzen Rahmen, gelbe Felgen, hohe Vorbaulenkstange, braunen Rennsattel und neuen Torpedofreilauf. Das Damenrad hat ebenfalls schwarzen Rahmen und schwarze mit grünen Linien abgesetzte Felgen und graue Bereifung. Kleiderschutz ist schwarz mit roten Streifen. In der gelben Werkzeugtasche befinden sich 2 Schlüssel und eine auf Marie Roth in Riesa ausgestellte Radfahrkarte. Mit dem Damenrad soll ein älterer Mann über die Wellblechbrücke nach Gröba zu gefahren sein. Für Wiedererlangung der Räder ist für ersteres eine angemessene, für letzteres 1000 Mark Belohnung zugesichert. Sachdienliche Mitteilung erbittet die Gendarmerie in Gröba.

Martenberg. Die Schmiedevereinigung des Bezirks der Amtshauptmannschaft Martenberg gibt bekannt, daß sie wegen gänzlichem Versagen der Belieferung mit Schmiedekohlen zur Aufrechterhaltung der Betriebe gezwungen ist, vom 20. ds. Mts. ab bis zur Belieferung mit Kohlen die Betriebe zu schließen.

Burgstädt. Die Kellner des Burgstädter Bezirks sind am Sonnabend in den Streik getreten, wodurch namentlich in den größeren Lokalen Störungen dadurch entstanden, daß sich die Gäste selbst bedienen mußten. Wie wir erfahren, handelt es sich um die Regelung der Frage, ob die 10 Prozent vom Wirt an die Preise angerechnet werden oder ob der Bedienende den 10prozentigen Zuschlag von den Gästen selbst fordert. In beiden Fällen bleiben die Preise dieselben.

Niederlichtenau. Der Gemeinderat hat die Durchführung einer Schulkinderspeisung vom November 1922 bis Mitte März 1923 beschlossen.

Flöha. Die Aerzte der Amtshauptmannschaft Flöha haben folgenden Beschluß gefaßt: „Den ärztlichen Rechnungen in der Privatpraxis sind die Preise der Vorkriegszeit zu Grunde zu legen. Diese werden erhöht in dem Verhältnis des Brotpreises 1914 zu dem jeweils gültigen Markenbrotpreis." Diese Sätze sollen lediglich als Norm dienen. Bei hohem Einkommen werden dieselben entsprechend erhöht. Mit Landwirten will man tunlichst in Produkten abrechnen.

Limbach. Zum zweiten Male in kurzer Zeit ist die große Färberei von Max Wünschmann in Limbach von Einbrechern heimgesucht worden. Diesmal stiegen die Einbrecher unter Zuhilfenahme eines Neubaugerüstes der Fabrik auf das Dach, durchschlugen ein Oberlichtfenster, schnitten ein starkes Drahtgeflecht mit Drahtscheren kunstgerecht durch und ließen sich dann in die Fabrikräume hinab. Seidenwaren im Werte von Hunderttausenden wurden gestohlen. Für die Ergreifung der Einbrecher setzte die Firma 25 000 Mark Belohnung aus, wozu noch 5 Prozent des Wertes der gestohlenen Waren kommen.

Auerbach i. V. Zur Linderung der größten Not haben hier sozial Gesinnte ein Hilfswerk ins Leben gerufen. Das Hilfswerk hat sich zur Aufgabe gemacht, durch Verbilligung von Lebensmitteln den Bedürftigsten der Stadt über die kommende Winterszeit hinwegzuhelfen. Drei hiesige Firmen haben einen Grundstock von 600 000 M. gewährleistet. Die Verwendung soll im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und der Stadt erfolgen.

Grimma. Die Verbrecher, die in der Nacht zum 10. September den Ziegeleibesitzer Dr. Schroth auf der Landstraße überfielen, ihm mit einem Holzhammer einen Schlag gegen die Schläfe versetzten und dann noch über ein halbes Dutzend scharfe Schüsse auf ihn abgaben, nachdem sie zuvor aus seinem Keller Wein gestohlen hatten, sind ermittelt worden und sitzen jetzt im Gerichtsgefängnis in Grimma. Es handelt sich um den Kutscher Köz, den Musiker Henning und den Arbeiter Jungnickel aus Pößig. Köz war kurz zuvor von Dr. Schroth entlassen worden und scheint daraufhin den Vorsatz gefaßt zu haben, Dr. Schroth eins auszuwischen. In den beiden anderen fand er bereitwillige Helfer. Zwei der Festgenommenen haben wegen zahlreicher, vor mehreren Jahren begangener Einbrüche schon im Gefängnis gesessen, waren aber durch eine Amnestie vorzeitig wieder herausgekommen. Weitere Einbruchsdiebstähle, die in den letzten Monaten in der fraglichen Gegend begangen worden sind, kommen, wie ermittelt worden ist, ebenfalls auf ihr Konto.

Leipzig. Durch die Aufmerksamkeit einer Frau ist es am Mittwoch vormittag gelungen, einen schweren Einbrecher, der eben seine Beute in Sicherheit bringen wollte, auf dem Hauptbahnhofe festzunehmen. Die Frau hatte gegen 8 Uhr morgens einen Mann mit einem Handwagen, auf dem ein großer Reisekorb stand, aus dem Friedhof Sellerhausen kommen sehen. Das war ihr verdächtig vorgekommen, und da der Mann mit seinem Handwagen ebenfalls den Weg einschlug, den sie ging, nämlich zum Bahnhof Paunsdorf, behielt sie den Verdächtigen im Auge. Der Mann ließ seinen Handwagen vor dem Bahnhof stehen, brachte den Korb zum Bahnsteig und bestieg mit seinem Gepäck, das sehr schwer war, die 4. Wagenklasse des in Paunsdorf haltenden Personenzuges Großbothen—Leipzig. Die Frau nahm in demselben Abteil Platz, da auch sie nach Leipzig fahren wollte. Während der Fahrt machte die Frau nun die Beobachtung, daß der verdächtige Mensch den Reisekorb öffnete und auf der Plattform die Kleider wechselte. Sie teilte ihre Wahrnehmungen einem Eisenbahnbeamten mit, der, als der Zug 8,43 Uhr auf dem Leipziger Hauptbahnhof einfuhr, den Korb beanstandete und die Oeffnung verlangte. Auf dem Bahnsteig 20 wurde der Korb aufgemacht und eine große Zahl gestohlener Bekleidungsstücke entdeckt. Es wurden gefunden: 12 Paar Herrenhosen, einige neue Anzüge, etliche Dutzend Hosenträger, Ledergamaschen, Aktentaschen u. a. m. Auch Einbrecherwerkzeuge fand man vor. Der entdeckte Dieb versuchte zuerst durch allerlei Ausreden den Inhalt des Korbes als ehrlich erworbenes Gut hinzustellen, plötzlich aber ergriff er die Flucht und sprang über die Bahnsperre. „Halt-Auf"-Rufe ertönten von allen Seiten, auf dem Querbahnsteig entstand ein beängstigendes Gewühle und Gedränge — glücklicherweise konnte der Flüchtling aber von Beamten der Eisenbahn gepackt und der Polizei übergeben werden. — Wie die „L. N. N." erfahren, sollen die gestohlenen Sachen von einem Einbruch in ein Geschäft der Wurzener Straße herrühren.

Der Briefträger

sammelt in diesen Tagen die Bestellungen auf das „Riesaer Tageblatt" für das vierte Vierteljahr! Vergessen Sie nicht, die Ihnen vorzulegende Quittung einzulösen oder geben Sie im Falle Ihrer Abwesenheit Auftrag dazu!

Der Aufstieg Mexikos.

Der mexikanische Gesandte in Berlin Dr. Alfredo Caturegli veröffentlicht im „Berl. Lokal-Anz." über die Zustände in Mexiko die nachstehenden Ausführungen, die im Hinblick auf die Hundertjahrfeier der mexikanischen Selbständigkeit besondere Bedeutung erhalten. Caturegli schreibt:

Der klugen, maßvollen Politik des Präsidenten Obregon ist es gelungen, sowohl den inneren Frieden zu verankern, als auch die Anerkennung durch das Ausland zu erlangen. Unruhige Geister würden, wenn sie neue Verwirrung in das Land tragen wollten, kein Echo finden. Wer von den bedeutenderen Männern des Landes dem neuen Regime gegenüber bisher noch abwartend oder ablehnend sich verhielt, hat nunmehr den Widerstand aufgegeben und sich zur Mitarbeit an dem Wiederaufbau und der Erschließung des Landes bereit gemacht. Das Vertrauen des ausländischen Kapitals zu der Festigung der inneren Zustände Mexikos und seiner ferneren friedlichen Entwicklung hat in der soeben beschlossenen Gründung der Bank der Republik seinen hochbedeutsamen Ausdruck gefunden. Die Quellen im In- und Auslande, aus denen die Unruhestifter ihre Kraft schöpften, sind verstopft.

Zehn Jahre lang seit 1910 hat Mexiko die Plagen und Nöte des Bürgerkrieges zu tragen gehabt. Und doch ist das Land in der Hoffnung an seine Zukunft nie irre geworden. Immer wieder hat das Vertrauen zu den starken Kräften seiner Bevölkerung und zu dem Reichtum seiner Bodenschätze sich in einer zähen Arbeitsenergie geäußert. Sobald es die Umstände zuließen, noch unter den Bedrohungen der inneren Unruhen, setzte tatkräftige Arbeit ein, alle Kräfte des Landes nutzbar zu machen. So ist es gekommen, daß Mexiko erstaunlich rasch auf dem Wege zur Gesundung fortschreitet.

Der langen inneren Beunruhigung müde, sehnte sich das Land nach einer festen, klugen Regierung und wählte im September 1920 den General Alvaro Obregon mit einer Million Stimmen, bei einer Gesamtbevölkerung von 15 Millionen, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Mexiko. General Obregon hatte keinerlei militärische Machtmittel, um die Wahl zu seinen Gunsten zu beeinflussen. So ist sie als der unverfälschte Ausdruck des Volkswillens anzusehen und als ein Zeugnis des Vertrauens, das das mexikanische Volk in die Tüchtigkeit des neuen Präsidenten setzte. Dies Vertrauen ist nicht enttäuscht worden. Die innere Politik der Wiederversöhnung machte erfreulich schnelle Fortschritte. Die Beruhigung des Landes gelang so bald, daß bereits im Jahre 1921 das Heer, das 1920 aus 23 767 Offizieren und 105 000 Mann bestand, auf 16 784 Offiziere und 77 000 Mann vermindert werden konnte, was für das Bundesbudget eine jährliche Ersparnis von 36,5 Millionen Pesos bedeutet. Mit rastlosem Eifer wurde an dem Wiederaufbau und der Erweiterung des Schienennetzes gearbeitet, so daß Mexiko jetzt insgesamt etwa 18 000 Meilen Schienenweg besitzt, oder 10,2 Meilen auf je 10 000 Einwohner. Die entsprechenden Zahlen für die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind 2,5, für Großbritannien 5,1. Die Industrie erholte sich sehr schnell. Die Petroleumförderung, eine Quelle des Reichtums Mexikos, hat sich von 42 Millionen Barrels im Jahre 1917 auf 190 Millionen im Jahre 1921 gehoben. Die landwirtschaftliche Erzeugung wird durch das neue Agrarprogramm in großzügiger Weise zur vollen Leistungsfähigkeit gebracht. Das mexikanische Volk fordert mit Recht seinen Anteil an den reichen Bodenschätzen des Landes, das es bewohnt. Präsident Obregon hat sich diesem gerechten Verlangen nicht verschlossen; aber seine loyale Auslegung des vielgenannten Artikels 27 der Verfassung, der die unterirdischen Bodenschätze zum Staatseigentum erklärt, hat das Mißtrauen und die Befürchtungen des ausländischen, in Mexiko arbeitenden Kapitals beruhigt. Präsident Obregon hat die feierliche Versicherung gegeben, daß diese Klausel keine rückwirkende Kraft haben soll. Dieses Versprechen und die offensichtlichen Bemühungen Mexikos, alle seine ausländischen Schulden zu bezahlen, hat schließlich das ausländische Kapital von dem ehrlichen Willen Mexikos zu überzeugen vermocht, der ausländischen Arbeit ihren gerechten Anteil an der Erschließung des an Bodenschätzen unerschöpflichen Landes nicht zu verkümmern. Trotz all der schweren Schäden des langen Bürgerkrieges ist es der Lebenskraft Mexikos möglich gewesen, das Papiergeld aus dem Umlauf herauszuziehen und zur reinen Goldwährung überzugehen. Die öffentliche Schuld Mexikos beträgt auf den Kopf 48,68 Pesos gegen 471,92 Pesos in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, 1649,56 Pesos in England, 2229,72 Pesos in Frankreich. Wahrlich, ein glänzendes Zeugnis für die Gesundung der mexikanischen Finanzen!

So steht Mexiko am diesjährigen Unabhängigkeitstage an der Schwelle, die aus einer sorgenvollen, vom Schicksal aufs blutigste zerzausten Vergangenheit in eine hoffnungsreiche Zukunft friedlicher Arbeit und wohlverdienter Blüte

Hüllen der Sprache.

Bei dieser Ueberschrift dürfte mancher an das, meist Talleyrand zugeschriebene Wort denken: „Die Sprache ist dem Menschen gegeben, seine Gedanken zu verbergen." Aber auch dem Menschen, der in seinen Worten seine Meinung offen aussprechen will, zwingt das Leben in seiner Grausamkeit und Unerbittlichkeit dazu, manches zu sagen, dessen eigentliche Bezeichnung nicht über seine Lippen will, für das er nur eine Umschreibung, eine Verhüllung anwenden kann. Niemand wird Karl Moors Räuber für schwachnervige, zimperliche Leute halten, und doch warnt Roller den Spiegelberg, als dieser von einem waghalsigen Plan erzählt, mit den Worten: „Moritz, nimm dich in acht vor dem dreibeinigten Tiere!" Er wollte, sagen wir: nicht so unhöflich sein, vom Galgen und gehenkt werden zu sprechen, ebenso wie Hektor seine Meinung, Paris hätte verdient, gesteinigt zu werden, mit den Worten umschreibt: „Wären die Troer nur nicht Feigherzige, traun, es umhüllte / längst Dich ein steinerner Rock für das Unheil, das Du gehäuft hast." Das deutsche Volk spricht auch von der Herberge zu den drei Säulen und läßt, um von der großen Fülle der Redewendungen fürs Henken nur ein paar zu nennen, den armen Sünder auf einem hänfenen Pferd zum Himmel reiten oder mit Jungfer Strick Hochzeit halten. Auf die große Menge von Umschreibungen für Tod und Sterben wollen wir nur hinweisen und uns jetzt Dingen zuwenden, deren unverhüllte Bezeichnung, wenn auch nicht vom Aerzte die Rede ist, leicht übel gedankt werden könnte. Die Wahrheit wollen wir sagen, aber wir hüllen sie in eine süße Schale und mildern die verletzende Wirkung unserer Rede.

Nur aus einigen Gebieten unseres vielgestaltigen Lebens können wir ein paar Beispiele solcher Verhüllungen anführen, deren einfachste in der Anwendung der Verneinung statt der Bejahung bestehen, z. B. „über zu großen Fleiß hat sich noch niemand bei ihm zu beklagen brauchen". Mehr Verfälschen als Verhüllen ist die Sucht mancher Frauen, sich für jünger auszugeben, als sie sind. Schon Cicero sagt einmal, als sich eine ältere Frau dreißig Jahre beilegte: „Das muß wahr sein, denn ich hörte sie dasselbe schon vor zwanzig Jahren versichern." Ein junger Mann überlegt, nach welchen Grundsätzen er eine Lebensgefährtin wählen solle. Auf seine Aeußerung: „Ich bin überzeugt, daß ein wenig Necken und Streiten eine Ehe recht interessant macht, und werde nicht eher heiraten, als bis ich eine finde, die ganz mein Gegenteil ist", erhält er die Antwort eines Freundes: „Nun, das wird sich leicht machen; es gibt ja recht viele kluge Mädchen in der Stadt." Wird der Jüngling das Boshafte und Derbe der Antwort sogleich gemerkt haben? Auch wenn ein Mann auf die Frage nach der Zahl seiner Familienmitglieder entgegnet: „meine Frau und ich, macht zusammen acht", dürfte manchem die verhüllte Grobheit, mit der er seine Frau eine böse Sieben nennt, auf den ersten Blick entgehen. „Als ich mich um Deine Hand bewarb," erklärt ein Mann seiner verschwenderischen Frau, „glaubte ich bestimmt, eine Frau mit bescheidenen Ansprüchen zu bekommen," und erhält die nicht eben liebenswürdige verhüllende Antwort: „Habe ich das nicht etwa dadurch vollkommen bewiesen, daß ich Deinen Antrag angenommen habe?"

Ein andres Gebiet, auf dem es auch schwer hält, mit der nackten Wahrheit auszukommen, ist das des Geldes, vor allem das anderen geschuldeten. Hier möchten wir mit dem Borgen anfangen und Heinrich Heines Eintragung ins Stammbuch seines reichen Onkels Salomon anführen: „Lieber Onkel, leihe mir hunderttausend Taler und dann vergiß auf ewig Deinen Dich liebenden Neffen." Aehnlich enthüllend ist Heines eigentümliche Berechnung, als er aus einem schlechten Konzert nach Hause kam: „Ich habe eben acht gute Groschen verdient! mein Billet hat sechzehn Groschen gekostet, und ich habe mich für einen Taler gelangweilt." Sehr geschickt verhüllt die leidige Tatsache des Schuldenhabens auch die Antwort auf die Frage: „Warum gehst Du denn Deinem Schneider aus dem Wege?" — „Ach, weißt Du, der ist mir noch die Quittung über zwei Anzüge schuldig." Dem Versuch einer Uebervteuerung durch den Gastwirt sucht ein Gast durch die Bemerkung vorzubeugen, daß er auf einer Höhe leicht vom Schwindel befallen wird.

Zum Schluß dieser kleinen Beispielsammlung, die der freundliche Leser sich aus Herrn Schrebers „Scherz und Ernst der Sprache" ergänzen kann, sei noch ein Erlebnis des Lustspieldichters Scribe beigefügt. Als Scribe einem jungen Dichter auf die Bitte, ein paar Zeilen für sein Stück zum Zweck der leichteren Annahme hineinzuarbeiten, stolz erwiderte: „Es steht geschrieben, Du sollst das Pferd und den Esel nicht zusammenspannen", erhielt er die schlagfertige Antwort: „Aber, wie kommen Sie dazu, mich ein Pferd zu nennen?"

Dr. R. B.

Die Königin und das Kapital.

Es ist ein Zeichen der Zeit, daß heute für Geld alles zu haben ist. Es existiert nirgends ein Mensch, der sich nicht dem König Kapital beugt, und selbst die gekrönten Häupter sind für die mannigfachsten Leistungen zu haben, sofern sie nur königlich bezahlt werden.

Da lese ich z. B. in einer Filmzeitung, daß demnächst die Gemahlin des regierenden Königs, nämlich Marie von Rumänien, auf der Lichtwand erscheinen werde, und zwar im Dienste einer amerikanischen Filmgesellschaft, die mit ihr schon seit dem Jahre 1920 verhandelte. Man wird die Frage aufwerfen: Warum dauert das so lange? Nun, es ist klar, daß die Königin Marie viel, außerordentlich viel Geld braucht, sonst würde sie nicht vom hohen Thron herabsteigen, um Hinz und Kunz einen Augenschmaus zu bereiten. Die Film-Gesellschaft wollte 30 000 Dollar zahlen — das ist gewiß kein Pappenstiel — aber der Königin genügte das nicht; wenn ihr euch eine Königin kaufen wollt, tut Geld in euren Beutel — viel Geld, sehr viel Geld! Eine Konkurrenzfirma bot nur 15 000 Dollar, aber außerdem 50 Prozent der Rein-Einnahme. Dieses Angebot wurde angenommen, woraus man schließen muß, daß die Königin Marie sehr gut zu rechnen versteht. 50 Prozent der Rein-Einnahme! Sie ahnt gewiß schon, wie sich die ganze sensationslüsterne Welt nach dem königlichen Film reißen werde. Aber da gab es noch eine Bedingung zu erfüllen: Die Königin sollte den Film in Kalifornien einstudieren, während sie dafür eintrat, die Aufnahmen daheim, in den Königlichen Schlössern zu bewirken, wo außerdem ihr reicher Hofstaat zur Verfügung stände. Indessen — die Königin wird sich fügen und noch dieses Jahr nach Amerika reisen, um zu filmen und ihre Gage einzustreichen.

Welche besonderen Gründe die Königin zu diesem Schritte veranlaßt haben, weiß ich nicht. Vielleicht braucht sie das Kapital zum Bau von Siechenhäusern oder einem anderen wohltätigen Zwecke, vielleicht haben sie künstlerische Neigungen zu diesem Schritte bestimmt — aber schließlich ist das alles gleichgültig — jedenfalls hindert sie die Krone nicht, sich vor dem Herrscher Kapital zu neigen.

Und da soll der Kapitalismus nicht stolz sein Haupt erheben? In Königreichen, wie in Volksstaaten — es ist überall dasselbe; am Dollar hängt, nach Dollar drängt doch alles; und während Millionen es verschmähen, Fürstendiener zu sein, verschmähen es die Fürsten nicht — den Millionen zu dienen.

Otb.

führt. Und das alles aus eigener Kraft unter der Führung der taktvollen Politik einer wahrhaft volkstümlichen Regierung. Ein Bild des Trotzes und des Ansporns auch für die anderen Länder, die durch den Weltkrieg in ihren innersten Kräften zerrüttet wurden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat das Verbot der „Hamburger Bürgerglocke", der „Roten Fahne"-Berlin, der „Westfälischen Arbeiterzeitung", der „Gelsenkirchener Arbeiterzeitung" und der „Roten Tribüne"-Hagen aufgehoben, dagegen die Beschwerde der „Rügener Zeitung" zurückgewiesen. — Wie weiter gemeldet wird, hat der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik das Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" bestätigt; ebenso wurde die Beschwerde gegen das Verbot des „Demminer Tageblattes" verworfen.

Aerzte und Krankenversicherung. Der Leipziger Verband der Aerzte wendet sich in einer Entschließung gegen die Erweiterung der Versicherungspflicht und der Versicherungsberechtigung. Sie bedeute eine durch nichts gerechtfertigte Begünstigung bestimmter Volkskreise. Die Aerzte legen Verwahrung dagegen ein, daß die freie Praxis durch die stete Heraufsetzung der Versicherungsgrenze immer mehr eingeengt wird, und daß sie immer weiter und immer mehr gezwungen werden, Millionen von wirtschaftlich Gut- und Nichtgutgestellten zu den völlig unzulänglichen Mindestsätzen staatlicher Gebührenordnung zu behandeln. Die Aerzte lehnen jede gesetzliche Regelung ab, die für sie Ausnahmebestimmungen und indirekten Arbeitszwang bedeuten würden.

Eingliederung der Eisenbahnwerkstätten in den Organismus der Reichsbahn. Im Organisationsausschuß des Reichsverkehrsministeriums wurde die Ausgestaltung und Eingliederung der Werkstätten in den Organismus der Reichsbahn erörtert. Der Berichterstatter legte dar, daß in der Frage der Neuorganisation der Werkstätten die Bemühungen der Verwaltung zu einem wirtschaftlichen Arbeiten der Werkstätten weitsichtige Erfolge bereits gezeitigt hätten. Es scheine zweckmäßig, die Werkstätten in technischer und wirtschaftlicher Hinsicht möglichst selbständig zu machen, welche Maßnahmen hierzu erforderlich wären, stehe noch nicht fest. Zur weiteren Bearbeitung aller Fragen wurde ein Unterausschuß aus je vier Mitgliedern der Verwaltung und der Personalvertretung eingesetzt.

Unbegründete Vorwürfe gegen einen deutschen Kapitän. Von zuständiger Stelle wird aus Berlin mitgeteilt: Eine französische Agentur meldete am 13. d. M., der Kapitän des deutschen Dampfers „General San Martin" habe Passagiere im Ozean ausgesetzt. Die Meldung ist zwar schon in der Presse dahin richtig gestellt worden, daß es sich um blinde Passagiere handelte, die in Rio de Janeiro von der Polizei am Aussteigen verhindert wurden und über Bord sprangen, um an Land zu gelangen; nunmehr hat aber die portugiesische Regierung noch öffentlich erklärt, daß nach den Ergebnissen der amtlichen Untersuchung den Kapitän des „General San Martin" keine Schuld an den Vorgängen treffe. Umso bedauerlicher ist die böswillig erfundene von französischer Seite verbreitete Darstellung des Sachverhalts.

Aus dem Saargebiet ausgewiesen. Wie die „Deutsche Allg. Ztg." hört, hat die Regierungskommission des Saargebiets ohne Angabe von Gründen den beiden Redakteuren der sozialdemokratischen „Saarbr. Volksstimme" Rausch und Lehmann die Aufenthaltserlaubnis entzogen. Beide müssen das Saargebiet binnen 24 Stunden verlassen.

Drei Stiefkinder siedeln mit nach Doorn über. Wie aus der Umgebung der Braut des früheren Kaisers mitgeteilt wird, hat der Kaiser mit seiner künftigen Frau vereinbart, daß sie die drei jüngsten ihrer Kinder nach Schloß Doorn mitnimmt. Die beiden ältesten Knaben im Alter von 15 und 13 Jahren werden in Greiz das Gymnasium besuchen.

Die Umkehrung des Falls von Zabern. Der Fall von Zabern, der im Jahre 1913 soviel Staub aufwirbelte, hat nunmehr seine Umkehrung erfahren. Zwischen einem französischen Jägerleutnant in Zivil, der von seinem Bruder begleitet wurde, und einem Zaberner Jungen kam es auf einem Jahrmarkt zu einer Schlägerei. Der Leutnant soll den Jungen „Boche" genannt und ihm eine Ohrfeige gegeben haben, worauf dieser mit etwa zehn seiner Kameraden zurückkehrte und den Leutnant und dessen Bruder verprügelte. In der offiziellen französischen Nachricht wird die Behauptung, als ob das Wort „Boche" gefallen sei, dementiert. Der junge Mann, sowie dessen Kameraden, die den Leutnant verprügelt haben, wurde bisher nicht aufgefunden.

Republik Oesterreich.

Die Wiener Kaffeehausangestellten haben wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen beschlossen, heute in den Streik zu treten. Die Kaffeehausbesitzer beabsichtigen, ihre Lokale von heute an geschlossen zu halten.

Rumänien.

Bei der Abreise Pilsudskis erklärte der rumänische Minister des Aeußern Duca, daß ein vollkommenes Einvernehmen in den politischen Fragen erzielt sei und daß das Interesse beider Staaten eine gemeinsame polnisch-rumänische Grenze erfordere. Der Gegenbesuch des Königs in Warschau wird voraussichtlich erst im März stattfinden.

Einfall einer bolschewistischen Bande. Wie „Chicago Tribune" meldet, soll eine starke bolschewistische Bande am Sonnabend den Dnjestr überschritten und Stellungen am rechten Ufer bezogen haben. Sie sei am Sonntag in ein Gefecht mit der rumänischen Grenzwache verwickelt worden, das noch andauere.

Amerika.

Der als verstorben gemeldete Botschafter Gerard ist nicht, wie irrtümlich angenommen wird, mit dem ehemaligen amerikanischen Botschafter in Berlin identisch; vielmehr handelt es sich um den früheren französischen Botschafter in Japan Auguste Gerard, der seine Laufbahn am Berliner Hofe als Vorleser der Kaiserin Augusta begonnen hatte.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 21. September 1922.

Die Pariser Orientkonferenz.

)(**Paris.** In dem Havasbericht über den Verlauf der gestrigen Sitzung der Orientkonferenz heißt es u. a.: Curzon drückte sein lebhaftes Erstaunen über den Beschluß Frankreichs und Italiens aus, ihre Truppen vom Südufer des Marmarameeres zurückzuziehen, und sagte, er sei der Meinung, daß der Beschluß nicht mit den Verträgen von 1914 und 1920 übereinstimme, die teilweise die Besetzung türkischen Gebietes durch alliierte Truppen unter britischem Oberbefehl vorsehen. Poincaré legte dar, daß diese Verträge auf den vorliegenden Fall nicht anzuwenden seien. Die französische öffentliche Meinung würde nicht gestatten, daß die französischen Truppen feindlich mit den türkischen Streitkräften zusammenträfen. Daher beschloß die französische Regierung, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um eine friedliche Regelung des Orientproblems zu erzielen. Die kemalistischen Truppen hätten bisher Mäßigung gezeigt und in keiner Weise die Absicht zu erkennen gegeben, die Meerengen anzugreifen. Die Anwesenheit militärischer Streitkräfte in dieser Zone könnte also in den Augen der Türken als eine Herausforderung erscheinen. England sei ebenso wie Frankreich und Italien eine große mohammedanische Macht. Eine unnötig starrsinnige Haltung würde in der Welt des Islams schwere, vielleicht kriegerische Rückwirkungen haben. Darum seien die Alliierten daran interessiert, eine Lösung nicht mit Waffen, sondern durch diplomatische Besprechungen zu erzielen. Sforza vertrat namens der italienischen Regierung den gleichen Standpunkt. Hierauf kam es ohne Schwierigkeiten zwischen den drei Delegierten zu einer Uebereinstimmung darüber, daß es nötig sei, sobald wie möglich eine Konferenz einzuberufen, um die Friedensbedingungen im Orient zu regeln. Als Ort der Konferenz wurde auf Vorschlag Sforzas Venedig ins Auge gefaßt. Havas fügt hinzu, daß die Politik Belgrads und Bukarests völlig mit der von Paris und Rom übereinstimme. Voraussichtlich würden die Außenminister der alliierten Mächte an der geplanten Konferenz teilnehmen, wenigstens zu Beginn, denn die Besprechungen würden längere Zeit erfordern angesichts der Notwendigkeit, neue territoriale, militärische, politische und finanzielle Bedingungen auszuarbeiten. Rußland befinde sich nicht unter den eingeladenen Mächten, da es kein direktes Interesse an der Regelung habe. Die Konferenz wird heute keine Sitzung abhalten, damit Curzon Gelegenheit hat, seine Regierung zu informieren und um Rat zu fragen. Sie versammeln sich erst am Freitag nachmittag wieder. Am Freitag vormittag findet ein französischer Ministerrat statt.

)(**Paris.** Nach einer „Matin"-Meldung aus Genf erklärte der Abgeordnete der kemalistischen Nationalversammlung Mehmed Hilmi Bey, der sich augenblicklich in Genf befindet, daß die Türkei in dem Wunsche, den gegenwärtigen Konflikt zu beenden, eine Vermittlung des Völkerbundes oder eine Vermittlung auf der Grundlage der Erklärungen Wilsons und Lloyd Georges im Jahre 1918 nicht ablehnen würde.

Der Schiffsverkehr in Marseille stillgelegt.

)(**Paris.** Nach einer „Matin"-Meldung aus Marseilles teilte der Reederverband gestern allen Schiffsmannschaften mit, daß das neue Dekret an Bord zur Durchführung kommen werde. Da die Seeleute sich weigerten, die neuen Kontrakte zu unterschreiben, legten die Reeder ihre Schiffe sofort still. Eine Anzahl von Passagierdampfern, deren Abfahrt bereits bevorstand, blieb liegen. Insgesamt konnten 20 Schiffe nicht abfahren und 3000 Passagiere ihre Reise nicht antreten.

Bekämpfung des Mädchenhandels.

)(**Genf.** Der fünfte Ausschuß der Völkerbundsversammlung (humanitäre und soziale Fragen) genehmigte verschiedene Entschließungsentwürfe zur Bekämpfung des Frauen- und Mädchenhandels. Der englische Delegierte Combe-Tennand brachte hierauf verschiedene Anträge zur Bekämpfung der unsittlichen Literatur ein, die u. a. eine Verschärfung des im Anschluß an die Pariser Konferenz 1910 abgeschlossenen Abkommens anregen.

Der Völkerbund zur Lage in Georgien.

)(**Genf.** Die gestrige Sitzung des 6. Ausschusses der Versammlung (politische Angelegenheiten) führte zu einer längeren Debatte über die Lage in Georgien. De Brouckere-Belgien hatte folgenden Antrag eingebracht: Die Völkerbundsversammlung, die über die unglückliche Lage, in der sich das gegen den Willen seiner Bewohner besetzte Georgien gegenwärtig befindet, beriet, fordert den Rat auf, die Ereignisse in dieser Gegend aufmerksam zu verfolgen und jede sich bietende Gelegenheit zur Wiederherstellung der normalen Lage zu ergreifen. — Der Ausschuß nahm schließlich einen milderen Text an, in dem die Wendungen über die Besetzung und die unglückliche Lage Georgiens gestrichen und ausdrücklich hinzugefügt wurde, daß die zu ergreifenden Maßnahmen friedliche und dem Völkerrecht entsprechende sein müssen. Diese Fassung wurde auf Vorschlag Mottas gewählt, nachdem Fisher-England und Lord Cecil-Südafrika hervorgehoben hatten, daß die Entschließung keine für die Sowjetregierung provozierende Form haben dürfe und platonische Wünsche für das betreffende Volk nur gefährlich seien. — Der Ausschuß nahm weiter einen von dem polnischen und dem litauischen Vertreter unterstützten, von Fielding-Canada vorgeschlagenen Entschließungstext an, in dem von neuem der Völkerbundsrat ersucht wird, die alliierten und assoziierten Mächte auf die Besserung der Rechtslage Ostgaliziens aufmerksam zu machen. Ebenso wurde ein Entschließungsentwurf Lord Robert Cecils angenommen, der bei dem Friedensschluß mit der Türkei die Schaffung einer nationalen Heimstätte für die Armenier befürwortet.

Die Stadt Panderma in Flammen.

)(**Paris.** Nach Meldungen, die im Marineministerium eingelaufen sind, steht die Stadt Panderma mit Ausnahme von vielleicht 100 Häusern vollkommen in Flammen. Der Westbahnhof ist zerstört, ebenso die Ottomanische Bank. Man meldet viele Verletzte aus der Zivilbevölkerung.

Englischer Ministerrat.

)(**London.** Gestern nachmittag 6,30 Uhr wurden die Minister unerwarteter Weise zu einer dringenden Sitzung zusammenberufen. Um 7 Uhr traf Churchill ein. Auch der Premierminister kehrte nach London zurück. Der Associatedpreß zufolge ist anzunehmen, daß die Sitzung durch eine Mitteilung Lord Curzons über seine Besprechung mit Poincaré veranlaßt wurde.

)(**London.** Die gestern verbreitete Nachricht einer bevorstehenden Räumung Tschanaks durch die Engländer ist verfrüht, dürfte jedoch die Lösung der Frage vorweg nehmen, wenn Poincaré sich bereit erklärt, die Türken zur Annahme einer dauernden Kontrolle über die Meerengen durch die Alliierten zu bestimmen. Hier macht sich eine fühlbare Entspannung geltend.

)(**Paris.** Nach einer Havasmeldung aus London tagte das britische Kabinett bis 12 Uhr neuerdings, um die von Lord Curzon eingelaufenen Telegramme über die Pariser Besprechungen zu prüfen. Nach den neuesten Mitteilungen ist in der Absicht der englischen Regierung, die Integrität der Meerenge und der neutralen Zone auf den beiden Ufern aufrecht zu erhalten, keine Aenderung eingetreten.

Vermischtes.

Frost und Schneefall im Harz. Blättermeldungen zufolge ist im Harz Frost eingetreten und der erste Schnee gefallen. In der vorletzten Nacht herrschte eine Temperatur von 1 Grad Kälte. Auf dem Brocken liegt eine Schneedecke von 1 Zentimeter.

Vollstreckte Todesurteile in Algier. Drei Eingeborene, die im Oktober 1921 vom Kriegsgericht in Algier wegen bewaffneten Angriffs auf einen im Süden Dienst tuenden Autobus zum Tode verurteilt worden waren, sind gestern erschossen worden.

Wieder ein Bauunglück. In Altona-Ottensen ist Mittwoch früh auf einer neuen Fabrikanlage der Ottenser Eisenwerke eine Giebelmauer des Neubaues eingestürzt und hat das Baugerüst mit heruntergerissen. Zwei Bauarbeiter sind so schwerverletzt worden, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

Geplante Kartoffelverschiebung. Der Kreisdirektion in Zerbst ist eine Mitteilung zugegangen, daß sich zurzeit eine Gesellschaft von zwölf jungen Leuten im Gebiete des Kreises umhertreibt und versucht, Kartoffeln in großen Mengen aufzukaufen, um sie nach auswärts zu verschieben. Es sind sofort die nötigen amtlichen Schritte unternommen worden, um dies zu verhindern. Zuletzt sollen die Aufkäufer in der Gegend von Straguth (Eisenbahnstation Lindau i. Anh.) ihr Unwesen getrieben haben.

Millionendiebstähle im Berliner Konfektionsviertel. Ungewöhnlich verwegene Hausdiebstähle konnten nach längeren Beobachtungen von der Berliner Kriminalpolizei aufgeklärt werden. Trotzdem die Diebstähle in außerordentlich dreister Weise ausgeführt wurden, konnten sie ein halbes Jahr hindurch verübt werden. Der bei der Mäntelfabrik von Bradt, Hirschfeld u. Co. am Hausvogteiplatz in Berlin angestellte Expedient Leo Löwenthal ließ Pakete, die fertige Mäntel enthielten, mit seiner Adresse versehen und auf Kosten der Firma durch die Post sich zuschicken. Der erste Packer Max Markgraf und der zweite Packer Fritz Groß, die von den Betrügereien unterrichtet waren, hielten sich dadurch schadlos, daß sie Postpakete mit irgendwelchen Adressen versahen, sie dann aber nicht zur Post brachten, sondern unterwegs verschwinden ließen. Die drei diebischen Angestellten erbeuteten auf diese Weise nach und nach soviel Mäntel, daß sie selbst damit handeln konnten. Der Gesamtschaden wird auf sechs bis neun Millionen Mark geschätzt. Die drei Betrüger wurden verhaftet.

Eine Werkstatt für falsche Brotkarten und falsche 500-Mark-Scheine aufgehoben. Am Dienstag wurden in Saalfeld a. d. Saale zwei Steindrucker, zwei Bäckermeister und ein Geschirrführer festgenommen, die sich zusammengetan hatten, um falsche Brotkarten und falsche 500-Mark-Scheine anzufertigen. Es wurden 20 Bogen von je 60 500-Mark-Scheinen beschlagnahmt. Die Verhafteten behaupteten, es seien keine falschen Scheine in Umlauf gesetzt worden, es habe sich zunächst nur um einen Versuch gehandelt.

Eine Deutschamerikanerin um 10 Millionen Mark bestohlen. In einem Dorfe des Oberamts Riedlingen (Württemberg) wurden am Sonntag abend der dort auf Besuch weilenden Deutschamerikanerin Mary Hager aus Newyork Drucksachen, Schecks und Kreditbriefe im Werte von über 10 Millionen Mark gestohlen. Auf Wiederbeschaffung dieser Gegenstände ist eine erhebliche Belohnung ausgesetzt worden.

Die Behandlung der Winterlevkojen.

Wenn im Frühjahr unsere Frühblüher, Tulpen, Hyacinthen, Krokus und Veilchen, ihren bunten Flor beendet haben, dann pflegt im Garten ein gewisser Blumenmangel einzutreten, der auch durch die kurze Blütenpracht unserer ersten Lenzblütensträucher und Staudenblätter nicht recht ersetzt werden kann. In diesem Stadium pflegen dann die Winterlevkojen, als zeitige Frühlingsblüher von den Gärtnern mit Erfolg auf den Markt gebracht, die Länder auszufüllen. Winterlevkojen gedeihen aber nicht bloß unter der fachmännischen Pflege des Gärtners, sondern jeder Gartenfreund kann sie sich mit geringem Aufwande und bei anspruchsloser Pflege heranziehen. Wir kaufen, wenn wir nicht selbst Pflänzchen herangezogen haben, solche im August oder September beim Gärtner und setzen sie nicht tiefer als vorher (was man am Stengel wohl erkennt) in Töpfe, deren Erde nahrhaft locker und mit etwas Sand durchsetzt sein soll. An einem gegen die Mittagssonne geschützten Orte aufgestellt und durch Gießen gepflegt, sind die Pflanzen bis zum Eintritt des Frostes angewachsen und dieses Anwachsen ist von höchster Bedeutung für ein gutes Gelingen der weiteren Kultur der Winterlevkojen. Ende Oktober kommen sie dann in ein frostfreies Zimmer, wo sie, so oft die Witterung hierzu günstig ist, viel Luft und nur, wenn dringend nötig, Feuchtigkeit erhalten. Die Zuführung der Luft verhindert das Welkwerden der Blätter. Beim Beginn des Frühjahrs werden sie wieder regelmäßig begossen und werden, um sie abzuhärten, in den Garten gestellt. Später, wenn man sie zur Landkultur verwenden will, pflanzt man sie mit den vollen Zellen in das Land. Sie blühen dann schöner als in Töpfen. Einen kräftigeren Wuchs erhalten die Pflanzen bei der Topfkultur, wenn man sie im Frühjahr in größere Töpfe versetzt. Am häufigsten wird die gewöhnliche, großblumige Art angebaut, weil sie den verhältnismäßig sichersten Erfolg verspricht. Zwergleukojen sind zierlich, wirken aber weniger ansehnlich als die übrigen Arten; in schönen Exemplaren kann man sie als Schmuck für Fensterbreiter benutzen. R. R.

Notfütterung der Ferkel.

Bei Erkrankung oder Eingehen von Mutterfauen gleich nach der Geburt kann man vor die Notwendigkeit gestellt werden, die Ferkel ohne Muttermilch ernähren zu müssen. Wenn sich die Ferkel vielleicht auf andere Säugsauen verteilen lassen, was auch nicht immer ohne Schwierigkeiten geht, dann braucht man zu einer künstlichen Ernährung nicht zu schreiten. Bei der Notwendigkeit des Ersatzes der Muttermilch kommt die Kuhmilch in erster Linie in Frage. Es handelt sich darum, die Kuhmilch den Ferkeln in einer ihnen möglichst bekömmlichen Weise zu verabreichen. Dabei gibt es verschiedene, in die Praxis eingebürgerte Verfahren. Ueber eine wenig bekannte Fütterungsweise berichtet in der Zeitschrift für Schweinezucht auf Grund eigener Erfahrungen Tierarzt Dr. Blendinger in Neuslingen in Bayern. Er setzt der Kuhmilch kein Wasser zu, und er ist auch gegen die Ernährung der Ferkel mit der Flasche für den Fall, daß sie nicht an der Mutter saugen können. Das Verfahren des Genannten besteht darin, daß die Kuhmilch unter Zusatz von Zucker gekocht wird und man in die wieder lauwarm gewordene Milch Eidotter hineinquirlt. Dabei wird auf 1 Liter Kuhmilch ein halber Eßlöffel Zucker und ein Eidotter gerechnet. Die Ferkel erhalten von dieser Nahrung nur so viel vorgesetzt, als sie mit Begierde aufnehmen, was sich bald feststellen läßt. Das selbständige Saufen wird den Ferkeln dadurch beigebracht, daß man jedem Ferkel der Reihe nach den Rüssel in die Milch drückt und dies wiederholt, bis sie die Nahrung aufnehmen, was meistens nach zwei- bis dreimaligem Versuch gelingt. Wenn Durchfall eintreten sollte, so wird weniger Zucker und mehr Eidotter genommen. Umgekehrt verfährt man, wenn sich Verstopfung bei den Ferkeln bemerkbar macht. Für die kalte Jahreszeit bereitet Dr. Blendinger den Ferkeln dadurch noch einen besonderen Wärmeschutz, daß er in die Bucht oder den Unterkunftsraum der Ferkel eine ausreichend große Kiste mit der Oeffnung nach unten stellt, in die ein genügend großes Schlupfloch gesägt ist. Je nach ihrem Wärmebedürfnis suchen die Ferkel die Kiste, die stets reichlich mit trockener weicher Streu versehen ist, gern auf. Auf die gleiche Art werden auch überzählige Ferkel ernährt. Nach etwa drei Wochen erhalten die Ferkel ganze Gerstenkörner und allmählich wird nun auch zu der späteren Fütterungsweise übergegangen. M.

Bobersen.

Zuverlässige Person zum Austragen des „Riesaer Tageblattes" in diesem Orte gesucht. Passender Nebenverdienst nach Feierabend für in Riesa beschäftigte Leute. Meldungen und nähere Auskunft in der Tageblatt-Geschäftsstelle, Riesa, Goethestr. 59.

Gerichtssaal.

—g. **Erfolglose Berufung.** Wegen Unterschlagung und Betrugs in sieben Fällen wurde der 1895 zu Riesa geborene, wiederholt vorbestrafte Kaufmann M. B. M., im vorigen Monat vom Dresdner Schöffengericht zu insgesamt einem Jahr und einem Monat Gefängnis und zum Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Gegen dieses Urteil legte M. Berufung ein, letztere wurde aber von der 4. Strafkammer des Dresdner Landgerichts verworfen. Der Angeklagte, der früher der Landespolizei angehörte, und der vom Sachverständigen Generaloberarzt Dr. Bennecke als gemindert zurechnungsfähig bezeichnet wurde, hatte Zech- und andere Betrügereien begangen.

—g. **„Ekarté" ein Glücksspiel.** Ende Juli hatte sich die 5. Ferienstrafkammer des Dresdner Landgerichts erstmalig mit der Frage zu beschäftigen, ob Ekarté als ein Glücksspiel nach den §§ 284 und 285 des Reichsstrafgesetzbuches ist. Unter Anklage standen drei Kaufleute, die den Spielklub „Astoria" gegründet hatten. Das Landgericht bejahte die Frage, die Angeklagten wurden daraufhin zu Geldstrafen von 5000 bezw. 3000 Mark verurteilt. In Spielerkreisen war man bisher der Meinung, Ekarté sei **kein** Glücksspiel. Jetzt hatten sich die 5. und 7. Strafkammer erneut in größeren Terminen mit der Frage zu beschäftigen, ob Ekarté als ein Glücksspiel anzusehen sei oder nicht. Es standen vier Kaufleute unter Anklage, die seinerzeit den Klub der „Skatfreunde" bezw. den Klub „Liberty" gegründet hatten. In beiden Terminen kam das Gericht wiederum zu der Ueberzeugung, daß sowohl „Ekarté an sich schon als Glücksspiel, wie auch im besonderen „mit der Chouette" einer Art Verschärfung, als solches anzusehen ist. Die Angeklagten führten zu ihrer Rechtfertigung aus, daß sie sich vor der Gründung ihrer Spielklubs erst im Polizeipräsidium erkundigt hätten, ob es sich um ein Glücksspiel handelte, und daß ihnen keinerlei Schwierigkeiten bereitet worden seien. Dem wurde entgegen gehalten, daß dieses neue Spiel besonders im Dresdner Polizeipräsidium noch nicht bekannt gewesen ist, und daß man sich abwartend verhalten habe, welche Stellung die Berliner Behörden hierzu einnehmen würden. Das Gericht kam in beiden Terminen, die teilweise von recht langer Dauer waren, gleichfalls zu der Ueberzeugung, daß es sich um ein verbotenes Spiel handelt, es wurden aber in Anbetracht der ganzen Verhältnisse nur geringe Geldstrafen, und zwar von 5000 Mark bis herab zu 2000 Mark ausgeworfen. Besonders bemerkenswert dürfte hierzu zu erwähnen sein, daß das Berliner Polizeipräsidium nach dem ersten Termin beim Landgericht Dresden Fühlung genommen, um nunmehr auch dort das Erforderliche zu veranlassen, und daß man zunächst noch einige weitere derartige Entscheidungen abwarten wollte, die jetzt im Sinne des ersten Gerichtsurteils ergangen sind. Daraus ergibt sich aber andererseits wiederum, daß die Ansichten über „Ekarté" doch noch geteilte sein müssen, während Spielerkreise die Ansicht vertreten, es sei kein Glücksspiel, es liege hier ein sogenannter Grenzfall vor. Das Kartenspiel „Ekarté" stammt aus Frankreich, es ist in den letzten Jahren wieder in Deutschland zur Aufnahme gekommen, es wird von zwei Personen mit der französischen Piquetkarte gespielt. Jeder Spieler erhält fünf Blatt, die elfte Karte ist der Trumpf (Atout). Um den Reiz zu erhöhen, sind Zuschauerwetten zulässig, dadurch erhält „Ekarté" den Charakter eines Gesellschaftsspieles. Wird „Ekarté" „mit der Chouette" (Zuschauerwette) gespielt, dann können die beteiligten Personen beratend mit einwirken. Als höchste Karte kommt der König in Frage, der auch besonders markiert werden kann. Im Gegensatz zum Skat müssen beim „Ekarté" drei Stiche erzielt werden. Im gegenseitigen Einverständnis können Karten hinzu gekauft werden, hat beispielsweise der Kartengeber drei Stiche sicher, so kann er den Gegner zum Spiel zwingen, und den Vorschlag, weitere Karten hinzuzukaufen, bezw. zu tauschen, zurückweisen. Andererseits kann aber solange ekartiert werden, bis die anderen Kartenblätter erschöpft sind. In den beiden letzten Prozessen wurde „Ekarté" im Gerichtssaale vorgeführt, und an Beispielen gezeigt, daß ein geübter Spieler sehr wohl mit einer nur mittelmäßigen Karte in der Lage ist, daraus etwas zu machen, während in solchen Fällen weniger geschickte Personen sicher Karten hinzukaufen, bezw. tauschen würden. Der Staatsanwalt führte in der Anklagerede aus, der Zufall gebe letzten Endes eben immer den Ausschlag, es unterliegen nur wenige Blätter der Berechnung des jeweiligen Spielers. Man könne beim „Ekarté" eben nicht übersehen, wie das Spiel laufen kann, und damit sei es ein Zufalls-, nicht aber ein Kunst- oder Berechnungsspiel. Beim Skat stehen dem Spieler zehn Blätter zur Verfügung, hier kommt es auf die Berechnung an, daß er sein Spiel gewinnt, während beim „Ekarté" drei Stiche vorgeschrieben sind, und weiter auch der zufällige Besitz des Königs ausschlaggebend ist. Alles dies drückt aber die Wage auf die Seite des Zufalls- oder vielmehr Glücksspiels. Die beiden Strafkammern waren eine jede zu der gleichen Ueberzeugung gekommen, wie Ende Juli die 5. Ferienstrafkammer, die „Ekarté" mit unter die Glücksspiele einreihte. Wie verlautet, sollen gegen die ergangenen Urteile Revisionen eingelegt werden, sodaß sich dann auch noch das Reichsgericht damit zu beschäftigen haben wird.

Neubestellungen auf halben September

zum Bezuge des „Riesaer Tageblattes" **gebe man sofort an alle Zeitungsträger oder zur** Vermittelung an diese auch an die Tageblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59. — Der halbe September kostet M. 50.— einschließl. Bringerlohn.

Volkswirtschaftliches.

Was ist übermäßiger Gewinn? Der Hansa-Bund hat, als eine Berliner Zeitung das Ergebnis der Unterredung eines ihrer Berichterstatter mit Staatssekretär Dr. Freund vom Preußischen Ministerium des Innern dahin mitteilte, daß die Wuchervolizei angewiesen sei, Einwände, wie die von höheren Wiederbeschaffungspreisen, unbeachtet zu lassen, gegen diese Auffassung sofort Vorstellungen erhoben. Er hat daran erinnert, daß der Reichswirtschaftsminister selbst den Standpunkt vertreten hat, im Rahmen der Preistreibereiverordnung lasse sich eine billige Rücksichtnahme auf eine inzwischen eingetretene Aenderung in den Anschaffungsbedingungen verwirklichen. Insbesondere hat der Hansa-Bund darauf aufmerksam gemacht, daß bei Ermittelung der Gestehungskosten eine Risikoprämie in Ansatz gebracht werden dürfe. Das Preußische Ministerium des Innern hat dem Hansa-Bund die Richtigkeit seiner Ansicht bestätigt und die Wiedergabe der erwähnten Aeußerung des Staatssekretärs Freund als unzutreffend bezeichnet. Der Hansa-Bund ist der Ueberzeugung, daß bei sachgemäßer Auslegung der Preistreibereiverordnung, die nur den **übermäßigen** Gewinn bestraft wissen will, der Vorwurf des Wuchers in nicht allzu vielen Fällen berechtigt ist. Zu den Gestehungskosten gehören nach amtlicher Begründung der Preistreibereiverordnung: **Einkaufspreis** der Ware, **spezielle Unkosten** (Versicherung, Lagerung, Transport, Umsatzsteuern), **allgemeine Unkosten** (u. a. Gewerbesteuer, Gehälter, Miete, Heizung, Beleuchtung der gewerblichen Räume), **Verzinsung** des in der Ware angelegten Kapitals, hier ist die heutige Höhe der Zinsen für fremdes Geld zu bedenken, die zum Ausgleich von Verlusten einzukalkulierende **Risikoprämie**, ein angemessener **Unternehmerlohn**, der den heutigen Kosten der Lebenshaltung entspricht. Auf diese Gestehungskosten ist der **angemessene Gewinn** zu schlagen. Nur bei Außerachtlassung dieser Grundsätze darf die Wuchervolizei einschreiten.

Die Frage der Zollerhöhungen und der Steuer für Tabakerzeugnisse. Dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates hat ein Entwurf des Reichsfinanzministeriums und des Reichswirtschaftsministeriums für die Verordnung über Zollerhöhungen zur Begutachtung vorgelegen. Bei dem Entwurf handelt es sich vornehmlich um die Einschränkung entbehrlicher Luxuswaren durch eine hohe Zollbelastung. Die Erhöhung der Zollsätze soll 50% betragen. Zur Frage der Erhöhung der Steuer für Tabakerzeugnisse ist mit allen gegen eine Stimme beschlossen worden: Der Wirtschaftspolitische Ausschuß stimmt der Absicht der Regierung zu, vorübergehend die Zollsätze für Tabake zu erhöhen. Er drückt dabei die Erwartung aus, daß baldigst durch entsprechende steuerliche Maßnahmen ein Ausgleich für einzelne Tabakserzeugnisse getroffen wird, der der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit gerecht wird. Die Verordnung selbst wurde hierauf einstimmig gebilligt.

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Heute unwiderruflich letzter Tag: Gunnar Tolnaes in seinem herrlichen Filmwerk „Im Rausche der Macht".

Ab Freitag bis Montag das mit großer Spannung erwartete Filmwerk

Der Graf von Monte Christo
III. Teil
„Eroberungen in Paris"

Vorführungen: Werktags ab 1/2 7, Einlaß 6 Uhr, Sonntag ab 4 Uhr.
Um gütigen Zuspruch bittet die Besitzerin Anna Zach.

Kammerlichtspiele
Hauptstraße

Nur noch heute:
„Douglas Fairbanks" sowie „Wer war es?"
Ab morgen Freitag:
Unter der roten Maske, 4. Teil:
Das geheimnisvolle Haus
6 gewaltige Akte aus dem amerik. Leben.
Ferner: Karlchen in seinem Meisterwerke:
„Karlchen holt Suppengrün"
4 Akte. — Dieses Lustspiel ist von der gesamten Presse als das beste von Karlchen bezeichnet worden.
Ia Künstlerkapelle. Ia
Täglich Anfang 7 Uhr, Sonntags 4 Uhr.
— Kassenschluß 9 Uhr. —
Um recht regen Besuch bittet
der Besitzer K. Mareck.

Vereinsnachrichten

Beamtenverein Lauchhammer, Riesa. Freitag abend 8 Uhr im Wettiner Hof außerordentliche Generalversammlung. Erscheinen aller ist Pflicht.

Landw. Verein Riesa.

Sonnabend, 23. d. M., abends 1/2 6 Uhr in der **Elbterrasse** **Versammlung.** 1. Eingänge, 2. **Vortrag** des Herrn Winde, Buchstellenleiter, Großenhain: Steuerliche Bewertung des Vermögens, 3. Verschiedenes. Um zahlreichen Besuch bittet
der Vorstand.

Für die uns anläßlich unserer Hochzeit dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken herzlichst zugleich im Namen unserer Eltern.
Gröba, 21. 9. 1922.
Richard Voigt u. Frau Hedwig geb. Vogel.

Portemonnaie mit größ. Geldbetrag von Boberfen nach Lessa gestern **verloren.** Abzugeb. geg. Belohng. bei **Richard Wittig,** Boberfen

1 Laden oder 1. Etage für Verkaufszwecke sof. zu mieten gesucht. Angebote unter I H 572 an Allgemeines Anzeigen-Büro, Leipzig, Markt 10

Suche zum 1. 10. 1922 **möbl. Zimmer** f. Kontorfräulein. Für sofort möbl. Zimmer oder Schlafstelle. **Br. Richter,** Kunstglaserei.

Kaufmann sucht per 1. Okt. **möbl. Zimmer.** Offerten unter E Y 9449 an das Tageblatt Riesa.

Suche für jungen Kaufmann per 1. 10. **möbl. Zimmer** od. bess. Schlafst. Gg. Zeiler, Goethestr. 83, p.

Beamter sucht per sofort **möbl. Zimmer.** Offerten unter E Z 9450 an das Tageblatt Riesa.

Junger Herr **sucht möbl. Zimmer** oder Schlafstelle per 1. Okt. od. früher, auch in Gröba. Off. u. E W 9447 an das Tageblatt Riesa.

Saubere, ehrliche **Aufwartung** (Frau) f. vorm. 3—4 Std. gesucht, mögl. sofort **K.-W.-Pl. 10a,** 1. l.

Tüchtiges **Hausmädchen** 20 Jahre, für 1. Okt. in Stellung gesucht. **Martha Pfeifer,** Wettinerstr. 29.

Solides, ehrliches **Hausmädchen** 16—18 Jahre, sofort oder 1. Okt. **gesucht.** Zu erfr. im Tageblatt Riesa.

Junges Mädchen, in Schneiderei und Weißnähen bewandert, **sucht Stellung** in bess. Hause als Stütze. Off. m. Gehaltsang. u. E X 9448 an Tgbl. Riesa.

Suche für meine Tochter, 22 Jhr. alt, p. 1. Oktober oder später **Stellung** als **Wirtschafterin** od. Stütze auf größ. Gute, mgl. m. Familienanschluß. Offert. erb. unter F A 9451 an das Tageblatt Riesa.

2 unverheiratete **Pferdeknechte** werden angenommen. **O. Dietrich, Großkagen.**

Starke Ferkel verkauft **Nickritz Nr. 27.**

Schäferhund mit Ia Stammbaum und **Rehpinscher** zu kaufen gesucht. **Walter Schneider,** Metallhändler, **Strehla (Elbe).** Karte genügt. Komme selbst sofort abholen.

Altes Herrenfahrrad zu kaufen gesucht. Off. unter E V 9446 an Tagebl. Riesa.

Ein stabiles Herrenrad preiswert zu verkaufen **Gröba, Rosenstr. 7.**

Konditorei und Café Grube.

Morgen Freitag, sowie Sonnabend und Sonntag
Künstler-Konzert
gespielt von **Geschw. Weise.**
Um recht regen Besuch bittet **Otto Grube.**

Für die zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Henriette verw. Grünberg

sprechen wir hierdurch allen unseren herzlichsten Dank aus.

Zeithain, 21. Sept. 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Brikett-Ausgabe
für September und Rückstände Freitag, 22., und Sonnabend, 23. Sept., vorm. 7—12, nachm. 1—4 Uhr
Hans Ludewig, Gröba.

BREMEN

AMERIKA
OSTASIEN
AUSTRALIEN
Regelmäßiger Personen- und Frachtverkehr mit eigenen Dampfern. Anerkannt vorzügliche Unterbringung u. Verpflegung für Reisende aller Klassen
Reisegepäck-Versicherung
Nähere Auskunft durch
NORDDEUTSCHER **LLOYD** BREMEN
und seine Vertretungen
in Riesa:
Wilhelm Frenzel Nachf.
Wettinerstrasse 2

Dezimalwage 4 Ztr. Tragf., geeicht, preiswert zu verkaufen **Standtfeststr. 1, 1. r.**

2 P. Herren-, 1 P. Damenschuhe, 38, gebr., hoh. Füllofen z. vk. **Hauptstr. 41, 1.**

Vernichtet werd. Küchenkäfer wie **Russen Schwaben,** Ameisen usw. samt Brut m. Ubligs „Sicher", 1 Dose 15 M. Zu haben: **Zentral-Drogerie, Riesa** (Elbe).

Altkupfer Altmessing kauft als Selbstverbrauch. **Franz Müller, Hauptstr. 53** Fernruf 519.

Getrocknete Kartoffelschalen kauft Gärtnerei Storl.

Metallbetten Stahlmatr., Kinderbetten dir. an Priv. Kat. 49T frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.).

Morgen frische Seefische. Clemens Bürger.

Gasthof Leutewitz. Sonnabend, den 23. 9. 22 **groß. Herbstvergnügen** vom Kegel-Klub „Fidele Brüder", Poppitz. Gäste herzlich willkommen. **Anfang 7 Uhr.** **Der Vorstand.**

Die heutige Nr. umfaßt 6 Seiten.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Abgeordneter **Vogel** (Nürnberg) schilderte die **Arbeiten der Reichstagsfraktion.** Die Reichstagsfraktion sei für den Versuch der Erfüllungspolitik eingetreten in der Hoffnung, daß bei den Gegnern Deutschlands schließlich die Einsicht von der Notwendigkeit einer Revision des Versailler Vertrags einkehren werde. Falsch ist die Behauptung der Gegner, daß die **deutsche Privatwirtschaft im Gegensatze zum Reiche sich ungeheuer bereichert habe.** Dieser Irrtum würde verschwinden, wenn man den Papierwert der Mark in Gold umrechnen würde. In der Geschäftswelt zeigt sich schon das Bestreben, nach Auslandswährung zu rechnen. Dagegen müssen wir mit allen Kräften ankämpfen. Nach den Reichstagsferien werden wir vor allem durch **eine neue Lohn- und Gehaltspolitik** der Geldentwertung Rechnung tragen müssen. Helfen kann nur **eine äußere und eine innere Goldanleihe.** Ohne ein Moratorium bleibt nur die Mobilisierung der inneren Sachwerte übrig. Notwendig ist die Einschränkung der Luxuseinfuhr und Rationierung der Nahrungsmittel und der Kleidung wie im Kriege. **Zurück zur Zwangswirtschaft, vorwärts zu einer wirklichen Gemeinwirtschaft!** Die deutsche Valutakatastrophe bedeutet den Zusammenbruch der vielgepriesenen freien Wirtschaft. Vogel sprach dann über die Attentate gegen Erzberger und Rathenau und betonte die Notwendigkeit der republikanischen Schutzgesetzgebung. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft müsse sich mehr als bisher des Zusammenhanges mit der von ihr geschaffenen Republik bewußt sein und ihre überlieferte Staatsfeindschaft aufgeben. Die Arbeiter müßten sich als Hauptträger der Republik fühlen.

Wendel (Frankfurt a. M.) erklärt: Die Reichswehrfrage ist die Lebensfrage der Republik. Mit allem Ernst erkläre ich: **Die Reichswehr in ihrer heutigen Gestalt ist eine unaufhörliche, sehr ernste innen- und außenpolitische Gefahr.** Wenn es unmöglich ist, die Reichswehr umzubauen, dann lieber fort mit ihr. Wie eine republikanische Volkswehr geschaffen werden kann, das hat uns Oesterreich gezeigt. Der Redner befürwortete dann folgenden Antrag: Die Zuspitzung der außen- und innenpolitischen Verhältnisse drängen zur schärfsten Beobachtung der Reichswehr, die nach wie vor ein Fremdkörper in der Republik ist. Die Reichstagsfraktion hat mithin nach Einigung der sozialdemokratischen Parteien unverzüglich darauf zu dringen, daß die immer wieder geforderte Umwandlung der Reichswehr in eine republikanisch zuverlässige Truppe durchgeführt wird.

Dem Parteitag ist durch den Parteivorstand folgende

Entschließung zur Teuerungsfrage

vorgelegt worden:

Die enorme Preissteigerung aller Lebensmittel und anderer dringender Bedarfsartikel, die der Entwertung der Mark folgt, drückt die Lebenshaltung der Arbeiterklasse, der Angestellten, Beamten und weiter Schichten des Mittelstandes auf einen Tiefstand, der politisch für die deutsche Republik eine schwere Gefahr bedeutet. Der Parteitag fordert, daß die Regierung alle notwendigen Maßnahmen hiergegen ergreift. Insbesondere muß eingeschritten werden gegen Geschäftsabschlüsse, die im inländischen Warenverkehr in fremder Währung erzwungen werden. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß die Spekulation im Devisenverkehr beseitigt wird. Die Einfuhr ist auf das notwendigste Maß zu beschränken, die Produktion und Ausfuhr zu fördern, um eine Besserung der Handelsbilanz herbeizuführen. Die Regierung muß gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Truste eine starke Kontrolle üben. Zur Sicherung unserer Lebensmittelversorgung hält der Parteitag folgende Maßnahmen für notwendig: 1. Die im Gesetz als Umlage festgesetzte Getreidemenge ist restlos abzuliefern. Der Getreidepreis hat sich in den Grenzen zu halten, daß das Brot zu erschwinglichen Preisen für die Minderbemittelten abgegeben werden kann. 2. Verbot gewerbsmäßiger Herstellung und Feilbieten von Kuchen und Konditoreiwaren. 3. Erhöhung der Ausmahlungsquote des Brotgetreides auf 90 v. H. 4. Begünstigung der Abschlüsse von Lieferungsverträgen für Kartoffeln. Ist die Versorgung durch freiwillige Vertragsabschlüsse nicht zu erreichen, so ist die Lieferung zu erzwingen. 5. Der Zucker aus der heimischen Erzeugung ist zunächst für den Verbrauch im Haushalt freizugeben. Gewerbe, die Zucker verarbeiten, sind auf den Bezug von Auslandszucker zu verweisen. Zur Sicherung der Kontrolle ist zu fordern, daß der Inlandszucker nicht geblaut wird, der Auslandszucker dagegen ist nur geblaut hereinzulassen. 6. Soweit die Sachlage es fordert, ist die Einfuhr von Gefrierfleisch zu begünstigen. 7. Sicherstellung der für Kinder und Kranke notwendigen Milchmenge, wenn es nicht anders zu erreichen, durch Verbot der Herstellung von Butter. 8. Bier darf nur bis zu einem Stammwürzegehalt von 8 v. H. hergestellt werden. 9. Die Herstellung von Sprit ist in diesem Jahre nur für technische Zwecke zuzulassen. 10. Festsetzung der Polizeistunde auf 9 Uhr für alle Schankstätten, die Trinkbranntwein ausschänken. 11. Strenge Durchführung der Wuchergesetze, keine Milderung sondern Verschärfung.

Der Parteitag erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Entschiedenheit diese Forderungen zur Durchführung bringt.

Uhlig (Radeberg) beantragt Reformen im Anstellungsverhältnis der Polizeibeamten. Die Anstellung dürfe nicht nach den Grundsätzen der Reichswehr erfolgen.

Reichstagspräsident Loebe: Um die Erfassung der Sachwerte kommen wir nicht herum. Wir werden darauf bestehen bis zur endgültigen Erfüllung. Das ist besonders angesichts der bevorstehenden Not im Winter an Nahrungsmitteln und Kohle. Der Redner begründet einen Antrag, der die Regierung ermuntert, Schritte zur **Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund** zu unternehmen. Voraussetzung müsse jedoch sein, daß Deutschland eine seiner Bedeutung entsprechende Stellung im Völkerbund eingeräumt werde. Die Sozialdemokratie müsse ein Vorkämpfer sein für den Gedanken des Völkerbundes.

Wolkenbuhr (Berlin) führte aus: In der Reichsmarine sieht es noch schlimmer aus als in der Reichswehr. Die Offiziere betrachten sich als den Stamm für die spätere Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Säuberung der Reichswehr müssen wir mit den schärfsten Mitteln, nötigenfalls auch mit der Etatsverweigerung erzwingen.

Dr. **Adolf Braun** wandte sich gegen diese Erklärungen Wolkenbuhrs. Wir wollen die Reichswehr von reaktionären Offizieren säubern, so betonte er, aber der allgemeine Kampf gegen die Reichswehr ist so unpolitisch wie möglich. Noskes Fehler war es, daß er auf die Generale hörte. Wir wollen es aber mit den Reichswehrsoldaten halten.

*

Vom sozialdemokratischen Parteitag wurden gestern von den Vorstandsentschließungen und eingegangenen Anträgen die folgenden zum Teil nach Abänderungen angenommen: Die Entschließung des Parteivorstandes zur **Teuerungsfrage,** eine Entschließung des Parteivorstandes **zum Schutze der Republik** und gegen die **monarchistische Reaktion** und eine weitere zur zeitgemäßen Erweiterung **der sozialen Gesetzgebung.** Anträge auf **Bestrafung des** Zeigens der **schwarzweißroten Flagge** und Forderung der schwarzrotgoldenen als Handels- und Kriegsflagge, ferner ein Antrag gegen den **bayrischen Partikularismus,** ein Antrag zur Abstellung der **Not der Presse** und **gegen den Papierwucher,** ein Antrag auf Förderung des **Wohnungsbaus, Mieterschutz und Bodenreform,** ein Antrag des Parteivorstandes auf **Republikanisierung der Reichswehr,** ein Antrag, den **1. Mai, 11. August und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen** zu machen und die **Buß- und Bettage abzuschaffen,** und ein Antrag Loebe auf **Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.**

Zu der Abstimmung über den Antrag zur **Teuerungsfrage** wird noch mitgeteilt, daß der Antrag mit der Aenderung angenommen wurde, daß die Forderung auf Ausdehnung der Ausmahlungsquote auf Brotgetreide gestrichen wird. Als neue Ziffer 12 wird hinzugefügt „Heranziehung aller leistungsfähigen Kreise von Handel und Industrie zur Aufbringung der Mittel für den lebensnotwendigen Bedarf der am schwersten leidenden Volkskreise".

Der Antrag betreffend die **Pressenot** lautet: „Die Not der Presse ist die Not des Volkes. Nach dem Zusammenbruch von zirka 2000 Zeitungen hat sich herausgestellt, daß die von der Regierung hier unternommenen Maßnahmen unzureichend sind. Wir machen auf die ernste Gefahr der weiteren Einschränkung des wichtigsten Kulturfaktors, der Presse, aufmerksam und ersuchen die Reichstagsfraktion, entsprechende Gesetzesvorschläge auszuarbeiten. Die energische Bekämpfung des Papierwuchers muß besonders zum Ziel gesetzt werden." Abgelehnt wird ein Antrag auf Subventionierung besonders gefährdeter Zeitungen.

Der Parteitag der USPD.

wurde Mittwoch abend in der Tonhalle in **Gera** eröffnet. Redakteur Knauf (Gera) begrüßte die Delegierten mit dem Wunsch, daß die bevorstehende Einigung nicht gefährdet werden möge. Darauf eröffnete Crispien den Parteitag.

Ein weiteres Sachleistungsabkommen.

Die Berliner Blätter teilen den Inhalt eines weiteren Sachleistungsabkommens zwischen der Firma Lehrer v. Siemens, Vereinigte Baustoffindustrie, und einem französischen Syndikat mit, dem 88 französische Baufirmen angehören. Nach diesem Abkommen wirkt die deutsche Firma ähnlich wie im Stinnesvertrage die Hoch und Tief als Sammlerin und Vermittlerin der französischen Aufträge. Von der an diesem Vertrage beteiligten französischen Gruppe wird ferner mitgeteilt, daß das französische Wiederaufbauministerium sich grundsätzlich mit der Verwendung von 50 Prozent ausländischer Arbeiter, darunter deutscher, einverstanden erklärt habe. Nach dem gegenwärtigen Stande der Arbeitspläne soll die Beschäftigung von etwa 40 000 deutschen Arbeitern im Wiederaufbaugebiet in Frage kommen.

Ein Wiederaufbau-Abkommen mit dem Verbande sozialer Baubetriebe.

Mittwoch vormittag hat im Reichsministerium für Wiederaufbau eine **Besprechung mit dem Vorstande des Verbandes sozialer Baubetriebe** stattgefunden. Der Verband ist von dem Comité d'Action des Régions dévastées zur Beteiligung am **Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs** aufgefordert worden. Die erste Zusammenkunft zwischen den beiden Verbänden wird in den nächsten Tagen stattfinden. Es handelt sich hierbei um selbständige Verhandlungen, die neben dem Stinnes-Lubersac-Abkommen hergehen und in keinerlei Beziehungen zu diesem stehen.

Die Besprechungen zwischen Lerchenfeld und Stinnes.

Ueber Besprechungen zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten **Grafen Lerchenfeld** und **Hugo Stinnes** erfährt die „Bayerische Staatszeitung", daß es sich um **Holzlieferungen** zum französischen Wiederaufbau handelte. Da Bayern das holzreichste Land Deutschlands ist, war es naheliegend, daß sich Stinnes in dieser Angelegenheit an die bayerische Regierung wandte. Das Ergebnis der Besprechungen wird streng geheim gehalten.

Die Unterredung zwischen Poincaré und Curzon.

Es soll baldigst eine Konferenz einberufen werden.

Aus Paris wird gemeldet: Die Agence Havas veröffentlicht über die gestrige Orientkonferenz folgende amtliche Mitteilung: **Lord Curzon, Graf Sforza** und der **französische Ministerpräsident** haben am Quai d'Orsay um 2 Uhr 30 Minuten eine erste Zusammenkunft gehabt. Sie waren sich einig über die Zweckmäßigkeit, so bald wie möglich eine **Konferenz** einzubekufen, auf der **England, Italien, Frankreich, Japan, Rumänien, Jugoslawien** und die **Türkei** vertreten sein werden und auf der die **Bedingungen des künftigen Friedens** festgesetzt werden. **Lord Beatty** hat einen Bericht über die militärische und maritime Lage gegeben. **Admiral Grasset** gab einige weitere Mitteilungen bekannt. Die nächste Sitzung wird Freitag nachmittag abgehalten werden.

Ein Berichterstatter des „Intransigeant" hatte eine Unterredung mit dem Vertreter der Angora-Regierung in Paris, **Ferid Bei,** der ihm erklärte, er sehe den gestrigen Tag als einen **Tag der Vernunft** an. Franzosen, Italiener und Engländer würden sich sicher über die Konferenz einigen, und die Angora-Regierung werde gern an ihr teilnehmen. Die Angora-Regierung verlange **Konstantinopel,** weil es die Hauptstadt sei. Das Verbleiben einer interalliierten Oberkommission in Konstantinopel werde **nicht angenommen** werden. Auf die Frage, ob die Angora-Regierung die Teilnahme der **Sowjet-Regierung** an der nächsten Orientkonferenz verlangen werde, erklärte Ferid Bei, es handle sich um zwei Konferenzen oder besser um zwei Verträge. Die eine, die der Großmächte, müsse den Vertrag von Sevres, der zerrissen und ungültig sei, wieder zusammenflicken; der zweite Vertrag werde das **Meerengenstatut** festzusetzen haben. Er müsse auf dem ersten Vertrage beruhen, und es wäre logisch, daß bei seiner Abfassung **Rußland, Rumänien, Bulgarien, Georgien** und **Aserbeidschan** vertreten seien, da sie am Schwarzen Meere lägen und deshalb an den Meerengen interessiert seien.

Nach einer Havas-Meldung aus **Adana** ist der **Standpunkt der Türkei** wie folgt festgesetzt worden: Es gibt zwei Fragen im Orient, **1. die Frage der Meerengen und 2. die Frage Konstantinopels und Thraziens.** Die **Meerengenfrage** besteht nicht, da die Angora-Regierung vor zwei Jahren sich dahin ausgesprochen hat, daß sie den Grundsatz der **Freiheit der Meerengen annimmt.** Die Angora-Regierung ist bereit, die diese Frage betreffenden Einzelheiten zu besprechen. Was die Frage **Konstantinopels** und **Thraziens angeht,** so wird die Angora-Regierung fordern, daß Konstantinopel und Thrazien den **Türken zurückgegeben werden.**

Laut amtlicher Mitteilung aus **Belgrad** vertritt der Minister des Aeußern **Nintschitsch** den Standpunkt, daß territoriale Aenderungen auf dem Balkan infolge der Niederlage der Griechen in Kleinasien nicht zulässig sind. In militärischen Kreisen wird die Aufmerksamkeit auf den Umstand gelenkt, daß jede Veränderung des status quo am Balkan wichtige Folgen nach sich ziehen würde. Durch den neuerlichen Einlaß der Türken nach Thrazien würde wieder ein Keim zu neuen Verwickelungen am Balkan gelegt. Sollte es dennoch zu irgend welchen Aenderungen territorialer Art kommen, dann müßte Südslawien als meistinteressierte Macht durch entsprechende Konzessionen entschädigt werden. Der Umstand, daß in der Frage Konstantinopels ein Einvernehmen zwischen den Verbündeten bestehe, gebe zu der Erwartung Anlaß, daß auch in der Frage der Erhaltung des territorialen status quo am Balkan eine Einigung zwischen London und Paris erzielt werden wird.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus **Konstantinopel** ist die vorrückende **türkische Kavallerie** bereits in die **Vorstädte von Bigha** eingedrungen.

In einem vom **Internationalen Friedensbureau** an den Präsidenten des Völkerbundes, an den Generalsekretär des Völkerbundes und an die Regierungen gerichteten **Protest** werden die Kriegführenden ersucht, die Feindseligkeiten durch einen auf gegenseitigen Zugeständnissen beruhenden und von dem Willen zu gegenseitiger Verständigung getragenen Frieden einzustellen. Es sei Pflicht der abendländischen Regierungen, in diesem Sinne unter der Aegide des Völkerbundes ihren Einfluß geltend zu machen.

Ein Finanzplan zur Deckung der Zahlungen.

Wie die „Germania" mitteilt, ist bezüglich der Abmachungen zwischen der Reichsbank und der englischen Finanzwelt zu erwarten, daß die Regierung bald einen **Finanzplan zur Deckung der Zahlungen an die Reichsbank** aufstellen wird. Für diesen Finanzplan dürften sich die vom Reichskanzler in seiner Besprechung mit den Gewerkschaften angekündigten Maßnahmen — Steigerung der Ausfuhr durch Mehrproduktion, Verringerung der Einfuhr durch Einfuhrbeschränkungen entbehrlicher Waren — als notwendig erweisen.

Der „Tag" berichtet: Wie wir erfahren, hat sich die **Reparationskommission** am Mittwoch auf Grund einer Mitteilung der belgischen Regierung mit der Regelung der deutsch-belgischen Angelegenheit beschäftigt. Im Laufe des gestrigen Tages treffen in Berlin verschiedene Rückfragen der Reparationskommission über die formale Behandlung der Schatzwechsel ein. Die Antwort der zuständigen Ressorts der Reichsregierung ist bereits nach Paris abgegangen. Man erwartet auf Grund der Rückfragen der Reparationskommission und auf Grund der gegebenen deutschen Antwort, daß damit sämtliche Schwierigkeiten aus der Welt geschafft sind und daß die Bestellung der Schatzwechsel heute oder morgen bereits erfolgen kann.

Der Betriebsräte-Kongreß.

Der Kampf um die Betriebsräte zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei hat sich jetzt zu einer entscheidenden Kraftprobe zugespitzt. Es kann als feststehend angesehen werden, daß Mitte Oktober ein Kongreß der kommunistischen Betriebsräte stattfinden wird. Die „Rote Fahne" läßt keine Nummer vorübergehen, ohne dafür zu agitieren. Auf der anderen Seite sind auch „Vorwärts" und „Freiheit" nicht müßig. Sie wissen, daß es letzten Endes um die Gewerkschaftsorganisationen geht. Deshalb wird von ihnen warnend auf das **russische Beispiel** hingewiesen. „Dieser Weg ist der Weg der russischen Tragödie", schreibt die „Freiheit". Auch die Gewerkschaftsblätter beteiligen sich eifrig an der Abwehr des kommunistischen Experiments. So erläßt der Textilarbeiterverband eine Warnung vor der Beteiligung an dieser kommunistischen Aktion, in der unter anderem gesagt wird:

„Die **Kommunistische Partei** versucht, die gegenwärtige Teuerung und die Notlage, die infolgedessen in der Arbeiterschaft vorhanden ist, für ihre parteipolitischen Zwecke auszunutzen. **Als Werkzeuge sollen die Betriebsräte benutzt werden!** Moskau erläßt große Aufrufe an das deutsche und französische Proletariat. Die Absicht der Kommunisten ist **nicht die Milderung der Not,** sondern die Erreichung des parteipolitischen Ziels der Kommunistischen Partei. Man will die Krise ausnutzen, „um auf **dem Wege zur Rätediktatur** und zum Sozialismus die nächsten Etappen zu erobern". Die Mitglieder des Textilarbeiterverbandes, vor allem die Betriebsräte, werden **gewarnt,** den Lockungen der kommunistischen Zentrale und des „Reichsausschusses der deutschen Betriebsräte" Gehör zu schenken. Die Rätediktatur in **Rußland, Ungarn und Bayern** verursachte politische Knechtschaft und Reaktion. „Kollegen und Kolleginnen! Denkt an das Elend, das die kommunistischen Drahtzieher durch ihre **„Aktionen"** in Berlin, in Mitteldeutschland und anderswo schon über die Arbeiterschaft gebracht haben!"

Vorläufig läßt sich nicht entscheiden, welche Bedeutung dem kommunistischen Vorgehen zukommt. Immerhin ist es bemerkenswert, daß beispielsweise die **Berliner Straßenbahner** in drei Versammlungen die Einberufung eines Rätekongresses begrüßt haben, um „den führenden Instanzen einmal den **Willen der Arbeiter** vor Augen zu führen". Daß der kommunistische Kongreß **„Kampfmaßnahmen"** beschließen soll, wird bereits angekündigt. Es scheint aber, als ob über die Art dieser Pläne erst auf dem Kongreß selbst Klarheit geschaffen werden soll.

Von der Tagung des Völkerbundes.

Aus **Genf** wird gemeldet: Die gestrige **Vollversammlung des Völkerbundes** genehmigte den Bericht des VI. Ausschusses der Versammlung über die Mandatsausübung der Mächte und über den Bericht der ständigen Mandatskommission. In der Debatte, die einen allgemeinen Ueberblick über die in den ehemaligen deutschen Kolonien, vor allem im Stillen Ozean herrschenden Schwierigkeiten bot, verteidigten die Delegierten Australiens und Neuseelands ihre Verwaltungen gegen die Kritiken, die im Unterausschuß und auch in der Versammlung geäußert worden waren, wie sie auch den Vertreter Südafrikas, den General Smuts, gegen Angriffe in Schutz nahmen, die u. a. von der indischen Delegation vorgebracht waren. Letztere, wie auch der Vertreter Haitis traten besonders für einen Schutz der Eingeborenen, vor allem für ein besseres Petitionsrecht, als das im Bericht vorgesehene ein. Auch die Delegierten Schwedens forderten die Wahrung der Interessen der Eingeborenen. Hier und da wurde vor der Tendenz gewarnt, allzu große Rücksichten auf die Empfindlichkeit der Mandatsmächte zu nehmen, wie es im Bericht der Kommission geschehen sei.

Die von dem französischen Delegierten **de Jouvenel** angekündigten **Vorschläge zu dem Antrag Lord Robert Cecils** über die Regelung der zwischenstaatlichen Schulden waren vorgestern und gestern Gegenstand der Beratungen der alliierten Delegationen. Wie in Genf verlautet, haben die Vorschläge de Jouvenels die Form eines eigenen

Resolutionsentwurfs als Grundlage für eine Entschließung der Versammlung. Dieser Entwurf hat, wie versichert wird, im wesentlichen folgenden Inhalt: In Uebereinstimmung mit Lord Robert Cecil wird als Voraussetzung für die materielle Abrüstung die moralische Abrüstung gefordert. Die moralische Abrüstung aber sei nur zu erzielen durch Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und der internationalen Sicherheit. Hierzu sei eine sofortige Lösung der großen internationalen Probleme, unter denen alle Staaten leiden, notwendig, nämlich der Valutakrise, der finanziellen Unsicherheit, der Arbeitslosigkeit usw. Es sei daher erforderlich, daß alle Länder zu einem allgemeinen Abkommen gelangten, das sich sowohl auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete, als auch auf die interalliierten Schulden und die Reparationsschulden beziehe. Von diesen Grundsätzen ausgehend, würde in dem von de Jouvenel vorgeschlagenen Resolutionstext die Völkerbundsversammlung 1. die interessierten Regierungen auf die Notwendigkeit einer solchen Regelung hinweisen, 2. den Völkerbundsrat auffordern, mit größter Aufmerksamkeit alle Bemühungen der interessierten Regierungen in dieser Richtung zu verfolgen, aber selbst erst an die Beratung der Fragen heranzutreten, wenn die interessierten Regierungen sie darum ersuchen. — Die Veröffentlichung des Wortlauts wurde für letzte Nacht oder heute erwartet.

Das Internationale Hilfskomitee für das hungernde Rußland

ist am Dienstag in Genf zu einer kurzen Tagung zusammengetreten und nahm Berichte Nansens und seiner Mitarbeiter über die Lage in Rußland entgegen, aus denen hervorgeht, daß bisher 1½ Millionen Hungernde gerettet werden konnten. Leider ist die Lage aber noch überaus ernst. Die Ernte wird weniger gut ausfallen, als man vor einigen Monaten hoffen konnte. So ist im Wolgagebiet ein Defizit von 1 Million Tonnen zu erwarten. Man muß mit dem Wiederausbruch der Hungersnot in zwei oder drei Monaten rechnen. Auch in der Ukraine ist die Lage äußerst ernst. Hungersnot und Epidemien wüten hier gemeinsam weiter. Die Beratungen des Komitees werden noch etwa zwei bis drei Tage andauern, worauf es sich auflösen wird, da Nansens Organisation soweit gediehen ist, um selbständig unter dem Namen „Nansen-Werk" fortgeführt werden zu können. Die deutsche Regierung sowie auch das deutsche Rote Kreuz hatten Vertreter nach Genf entsandt.

Die österreichische Frage vor dem Völkerbund.

Auflegung einer Anleihe von 520 Millionen Goldkronen.

Der Fünferausschuß des Völkerbundrats für die Behandlung der österreichischen Frage hat Dienstag die Vorschläge des Finanzausschusses genehmigt. Dieser hat ein Programm aufgestellt, das u. a. folgendes enthält: **Auflegung einer Anleihe von 520 Millionen Goldkronen,** für die jede der teilnehmenden Mächte eine prozentuale Garantie übernimmt, Ausarbeitung eines Programms einer **innern Finanzreform für Oesterreich** mit weitgehenden Rechten für die Regierung, Annahme dieses Programms durch das Parlament, Einsetzung einer **Kontrollkommission des Völkerbundes,** die die Durchführung des Programms zu überwachen und die den Gläubigern zu gewährenden Sicherheiten zu kontrollieren hat. Die Vertreter der vier Mächte im Fünferausschuß erklärten, sie erwarteten am Montag oder Dienstag die Entscheidungen ihrer Regierungen in der Garantiefrage. Wenn die Regierungen zur Uebernahme der Garantie bereit seien, würden sie den Parlamenten entsprechende Vorschläge unterbreiten. Der Finanzausschuß betont, die Zustimmung der verschiedenen Parlamente müsse bis zum 1. Januar 1923 erfolgen, damit die Auflegung der Anleihe bereits zu Beginn des nächsten Jahres in Aussicht genommen werden könne. Man erwartet die Ankunft des Bundeskanzlers Dr. Seipel für Sonnabend.

Die Untersuchung des Vorfalles in Oberkassel.

Wie „Temps" meldet, haben die von der belgischen Regierung beauftragten **Amtsärzte** ihren **Bericht** über den Vorfall in Oberkassel fertiggestellt. In diesem Bericht erklären die Amtsärzte zum Schluß, daß die Schildwache nicht durch einen Schuß aus allernächster Nähe getötet worden sei, während man annehmen könne, daß der Unteroffizier Staes durch einen Schuß, der aus 40 cm Entfernung abgefeuert wurde, getötet wurde. Ueberdies sei die Richtung des Schusses, der den Unteroffizier Staes getötet habe, die bei Selbstmördern normale Richtung. Die Einschußstelle und Nähe der Waffe, wie sie sich aus der Prüfung der Kopfbedeckung ergeben habe, sprächen für diese Annahme. Die Aerzte erklärten indessen, eine im Rausch begangene Tat komme nicht in Frage, der Magen weise Spuren von Alkoholgenuß auf, aber es sei kein Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Verstorbene eine große Menge zu sich genommen habe. Andererseits gehe aus den Feststellungen hervor, daß die beiden Soldaten durch zwei Schüsse sofort niedergestreckt und an Ort und Stelle gefallen seien. Es scheine, daß die Annahme, nach der die beiden Soldaten durch einen an der Straßenecke versteckten Menschen getötet worden seien, aufgegeben werden müsse, da die Schildwache durch einen von vorne abgefeuerten Schuß niedergestreckt worden sei und der Unteroffizier Staes durch einen Schuß, der zu dem ersten in einem gewissen Winkel stehe. In jedem Falle seien die Schüsse aus einer modernen Pistole und mit Patronen abgegeben, die denen der modernen automatischen Pistole ähnlich seien. Nach dem „Temps" wird die Untersuchung fortgesetzt.

*

Deutscher Protest. Wie die Berliner Blätter hören, ist der deutsche Geschäftsträger in Brüssel Dr. Landsberg von der Reichsregierung beauftragt worden, bei der belgischen Regierung gegen die Verhaftung der Hamborner Polizeibeamten zu protestieren. Dr. Landsberg ist ferner beauftragt worden, darauf hinzuweisen, daß bei andauernden Verhaftungen der leitenden Polizeibeamten in dem von Belgien besetzten Gebiete die dortigen Behörden nicht in der Lage seien, eine Garantie zur Aufrechterhaltung der Ordnung zu übernehmen.

Der Flieger Hentzen an den Franzosen Boffoutrot.

Die Hawa A.-G. in Hannover-Linden (Hannoversche Waggonfabrik), die die beiden erfolgreichen Segelflugzeuge herstellte, mit denen die Flieger Hentzen und Martens Weltrekords aufstellten, ist von Herrn **Hentzen** autorisiert, anläßlich der angeblichen Herausforderung eines französischen Segelfliegers folgende Antwort zu erteilen: Ich erfahre nach meiner Rückkehr aus Italien durch die Zeitungen, daß der **französische Flieger Boffoutrot** zu einem **Wettbewerb in der Rhön** auffordert. Grundsätzlich bin ich bereit, mit jedem erfolgreichen Flieger in Wettbewerb zu treten, aber selbstverständlich nur auf paritätischer Grundlage. Solange jedoch die Knebelung der deutschen Fliegerei durch Frankreich wie bisher fortgesetzt wird, ist eine derartige paritätische Grundlage nicht geschaffen.

*

Martens erneut über eine Stunde geflogen. In der Rhön flog gestern trotz ungünstigem Wetter der Flieger Martens in einem Segelflugzeuge eine Stunde und fünf Minuten. Der amerikanische Flieger Allen stürzte bei einem Flugversuch ab und mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

Der neue amerikanische Zolltarif in Kraft getreten.

Wie der deutsch-amerikanische Wirtschaftsverband in Berlin mitteilt, ist nach einem eingetroffenen Radiotelegramm seiner New Yorker-Vertretung das neue amerikanische Zolltarifgesetz vom Präsidenten Harding unterschrieben worden, sodaß es in in der Nacht vom 20. zum 21. September in Kraft tritt. Alle nach diesem Zeitpunkt aus dem Zollhaus entnommenen Waren unterliegen nunmehr den neuen Zöllen.

In der Debatte, welche der Abstimmung über die Annahme des Berichtes der Konferenz beider Häuser des Parlaments über den Tarifentwurf ohne Verbot der Farbstoffe und die Kaliabgaben vorausging, bestritt ein republikanischer Senator vom Finanzausschuß die Behauptungen der Demokraten, daß die Zölle im allgemeinen höher seien als die des Payne-Aldrich-Tarifes. Sachverständige sind der Meinung, daß einzelne Zollsätze, namentlich diejenigen für Stahlwaren, praktisch undurchführbar sind, weil es Prohibitiv-Zölle sind. Für verhältnismäßig niedrig werden von den Sachverständigen die Zölle auf Baumwolle, fertige Wollwaren, Holz, Steingut, Metalle, Papier und Bücher bezeichnet. Auch die Zollsätze für Chemikalien mit Ausnahme von Kohlenteererzeugnissen hält man für niedriger als die Sätze des Payne-Aldrich-Tarifes.

Die Vorgänge in Bulgarien.

Die Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet: Die **loyale Haltung der Bevölkerung von Tirnovo** und den benachbarten Städten trug sehr dazu bei, Verwicklungen und ernste Zwischenfälle zu vermeiden. Die Bevölkerung der Städte richtete Telegramme an den Minister des Innern, worin sie ihm für die Maßnahmen zur Erhaltung der Ordnung dankt. Das Vorgehen des Oppositionsblocks gilt allgemein als gescheitert. Im ganzen Lande herrscht völlige Ruhe.

Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse.

Der **Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Presse** trat am 15. und 16. September ds. Js. in Berlin zum ersten Male zusammen, um zunächst die Wahl des Präsidiums und der Vorsitzenden vorzunehmen. Gegenstände der Tagesordnung waren ferner „Die Notlage der Presse" sowie „Mißstände bei der Handhabung des Gesetzes zum Schutze der Republik". In beiden Fragen wurde das Präsidium beauftragt, die ihm erforderlich erscheinenden Schritte zu unternehmen. Weiter wurden Kommissionen eingesetzt zur Ausarbeitung von Vorschlägen für einen **Normaldienstvertrag,** für eine Stellenvermittlung und für die Alters- und Krankenversicherung der Redakteure sowie ihrer Hinterbliebenen. Bei der Besprechung der wirtschaftlichen Lage der Redakteure stellte sich die Reichsarbeitsgemeinschaft auf den Standpunkt, daß grundsätzlich die tarifliche Bezahlung der Redakteure standeswürdig sein und die Aufwendungen zur Erfüllung der beruflichen Aufgaben berücksichtigen soll. Sie soll auf keinen Fall geringer sein als die tarifliche Bezahlung anderer Berufsgruppen im Zeitungsgewerbe, mit denen nach Art ihrer Tätigkeit eine Vergleichsmöglichkeit besteht.

NESTLE'S KINDERMEHL
enthält beste Alpenmilch

Kunst und Wissenschaft.

Auf der Jahrhunderttagung Deutscher Naturforscher und Aerzte hielt am Mittwoch Sven Hedin einen Lichtbildervortrag über das Hochland von Tibet und seine Bewohner. Der weite Kuppelbau der Albert-Halle war bis auf den letzten Platz gefüllt, sodaß die Zugänge polizeilich gesperrt werden mußten. Sven Hedin, wie der Vorsitzende sagte, allezeit ein großer Erforscher der Erde, während des Krieges aber ein großer Freund unseres Volkes, wurde von stürmischem langanhaltenden Beifall begrüßt. An Hand zahlreicher Lichtbilder gab er einen allgemeinen Ueberblick über den physiognomischen und orographischen Bau Tibets und ging namentlich auf die hydrographischen Verhältnisse dieses abflußlosen Hochlandes, das mit etwa 718 000 Quadratkilometer ungefähr ein Gebiet von der Größe Schwedens und Norwegens einnimmt, ausführlich ein. Er führte aus, daß diese Verhältnisse im engsten Zusammenhang mit den Klimaschwankungen stehen. Nach Verlesung einiger inzwischen eingegangener Glückwünsche, u. a. aus Kowno, Riga, Helsingfors, Dorpat, Amsterdam und Brooklyn, schloß der zweite Geschäftsführer, Professor Dr. Wiener-Leipzig mit Worten des Dankes die Sitzung. Vor allem dankte er der sächsischen Regierung für ihre lebhafte Anteilnahme an dem Kongreß, die als ein Zeichen dafür aufzufassen sei, daß die Handarbeiter den Geistesarbeitern die Hand gereicht haben. (Lebhafter Beifall.) Am Nachmittag und in den folgenden Tagen wird die Arbeit des Kongresses in Abteilungs- und Fachsitzungen fortgesetzt

Sport.

Hellas-Chemnitz Liga-Verein. Auf dem Herbstkreistag des Kreises Mittelsachsen, der am Sonnabend in Hohenstein-Ernstthal stattfand, wurde der Antrag Hellas: Erhöhung der Ligavereine auf 9, Hellas rückt in die Liga auf und trägt noch die begonnenen Verbandsspiele aus, wird einstimmig angenommen; ebenso der Antrag des Gaues Erzgebirge: Erhöhung der Ligavereine auf 10 im nächsten Geschäftsjahr, wobei der Kreismeister 1. Klasse kampflos aufrückt. Der neue Kreisvorstand setzt sich aus folgenden Herren zusammen: 1. Vors. Werner (99 Mittw.), 2. Vors. Schäfer (Sportv. Oschatz), 1. Schriftf. Kreißig (Teutonia), 2. Schriftf. Unger (National), Kassierer: Haubold (CBC.), Beisitzer: Strobel (Obererzgeb.), Mießner (Nordsachsen), Pfüller (Erzgebirge).

Die
Tageblatt-Druckerei
Riesa, Goethestraße 59
fertigt schnellstens alle Arten
Drucksachen für Geschäfts- und Privatbedarf.
Reichhaltiges Papierlager. Eigene Buchbinderei

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Ewald Aug. König. 47

„Und dennoch war es nur ein Zufall," erwiderte Ferdinand. „Ich wollte Paul besuchen und ihn veranlassen, ein Glas Bier mit mir zu trinken; davon, daß ich Dich bei ihm finden könne, hatte ich keine Ahnung. Wie konntest Du nur so unklug sein?"

„Keine Strafpredigt, wenn ich bitten darf! Wenn ich mich aus unseren ärmlichen Verhältnissen fortsehne, so kann mir das wahrlich niemand übel nehmen, Du am wenigsten, der diese Verhältnisse so genau kennt. Aber diese Sehnsucht war es nicht, was mich bewog, die Werbung Pauls anzunehmen, nein, es war meine Liebe allein, die mich so fest mit ihm verbindet, daß es auch Dir nicht gelingen wird, mich von ihm loszureißen."

Damit brach sie das Gespräch ab, schweigend erreichten sie das väterliche Haus, wo Ferdinand sich kurz verabschiedete.

Das Ziel seiner Wanderung war dieselbe Bierschänke, die Mintrop infolge der Bockflagge entdeckt hatte. Als Ferdinand in die Straße einbog, sah er vor dem Wirtshause eine ziemlich große Menschenmenge, brüllendes Gelächter schallte ihm entgegen.

Ein seltsamer Anblick bot sich ihm, als er nähertrat.

Umringt von halbtrunkenen Burschen, ihren Spöttereien preisgegeben, stand ein alter, beleibter Herr und ein junges Mädchen; das Gesicht des Herrn war dunkelrot vor Zorn, die Blicke des Mädchens schweiften hilfesuchend über die Menge hinüber.

Um die Burschen hatte sich ein zweiter Kreis von Neugierigen gebildet, meist Tagelöhner, die von der Arbeit kamen, Frauen und Kinder aus den niederen Ständen; auch einige gut gekleidete Herren befanden sich unter ihnen, aber keine Hand rührte sich, um den Bedrängten beizustehen. Die meisten ergötzten sich an dem rohen Schauspiel, den übrigen schien der Mut zu fehlen, die tobenden Burschen anzugreifen.

Mit einem raschen Blick hatte Ferdinand das alles übersehen, ebenso rasch war sein Entschluß gefaßt.

Seine Entrüstung ließ ihn an die Gefahr nicht denken, der er die Stirne bot; mit erhobenem Stock drängte er sich in den Kreis hinein, den Burschen zurufend, daß sie augenblicklich sich entfernen sollten. Im ersten Moment verstummte der Lärm, dann aber brach er nur noch toller aus.

Einige stürzten sich auf Ferdinand, der als geübter Fechter ihre Hiebe leicht parierte und dabei seinen Stock wuchtig auf ihre Köpfe niedersausen ließ, indessen würde trotz seines Mutes und seiner Gewandtheit die Ueberzahl ihn erdrückt haben, wenn jetzt nicht die meisten der Umstehenden, von seinem Beispiel ermutigt, ihm zu Hilfe gekommen wären.

Gleich darauf tauchten auch die Helme einiger Polizeibeamten in dem Menschenknäuel auf, der sich nun rasch lichtete.

Der Vorfall war bald berichtet, die Anführer der rohen Bande wurden verhaftet, die Namen ihrer Spießgesellen aufgeschrieben.

Auch die Namen der Zeugen mußten notiert werden; der alte Herr stand mit dem Hut in der Hand vor dem Beamten und trocknete seine nasse Stirn.

„Fabrikdirektor Friedrich Heimann," sagte er mit einem tiefen Atemzuge, während das Mädchen ihrem Beschützer einen dankbaren Blick zuwarf.

„Und die junge Dame?" fragte der Beamte.

„Meine Tochter Ernestine."

„Und Sie, mein Herr?" wandte der Beamte sich zu Ferdinand.

„Ingenieur Ferdinand Grollinger!"

„Ein Mann, der Kopf und Herz auf dem rechten Fleck hat," fügte der Direktor hinzu, indem er Ferdinand die Hand bot. „Ich danke Ihnen mein Herr, Sie haben uns aus einer sehr unangenehmen und gefahrvollen Lage befreit."

„Nehmen Sie auch meinen Dank," sagte Ernestine, „meinen herzlichsten Dank. Sie sind doch nicht verletzt?"

„Nein, nein, mein Fräulein," lachte Ferdinand, „die ganze Geschichte war nicht der Rede wert. Wenn man solchem Gesindel entschlossen gegenübertritt, hat man wenig oder gar nichts von ihm zu fürchten; wir wären auch ohne Polizei mit ihm fertig geworden. Ich begreife die Feigheit der Zuschauer nicht, wäre nur ein entschlossener Mann unter ihnen gewesen, so hätte er die übrigen mit sich fortgerissen."

„Wie Sie es später taten!" warf Ernestine ein, und wieder traf ihn ein leuchtender Blick aus ihren braunen Augen.

„Sie wollen doch nicht in die Brauerei hineingehen?" fragte der Direktor, als Ferdinand sich nun anschickte, Abschied zu nehmen.

„Man hat mir gesagt, das Bier sei dort vorzüglich."

„Das sagte man mir auch, und mir ergehts wie Ihnen, Hopfen und Malz üben eine Anziehungskraft auf mich aus, der ich nur schwer widerstehen kann."

„Bitte, gehen Sie nicht in das Haus," sagte Ernestine, „wir wollten hingehen, aber wir schraken zurück, als wir nur einen Blick in das überfüllte Schänkzimmer warfen. Und gerade in demselben Augenblick kamen die rohen Burschen heraus, sie sahen unser Entsetzen, und das wars, was sie veranlaßte, uns zu verhöhnen."

„Gehen Sie mit uns," nahm der Direktor wieder das Wort, „wir wollen eine Flasche Wein zusammen trinken, ich fühle nach dieser Aufregung das Bedürfnis nach einem erfrischenden Trunk."

Ferdinand las in den Augen Ernestinens die Bitte, die Einladung anzunehmen, er sagte zu, und heiter mit einander plaudernd verließ nun die kleine Gesellschaft den Schauplatz des kaum beendeten Kampfes.

9. Kapitel.

Wenn Doktor Grollinger einmal einen Entschluß gefaßt hatte, so ließ er sich durch keine Schwierigkeit zurückschrecken, ihn auszuführen.

Was er für gut und recht erkannte, daran konnte fremdes Urteil nichts mehr ändern, und interessierte er sich für eine Person, so blieb dieses Interesse auch in ihm rege, so lange die betreffende Person sich seiner Teilnahme würdig zeigte.

Das wußten die Seinigen, und deshalb fanden sie nicht viel dagegen einzuwenden, daß der alte Herr den rätselhaften Fremden ihnen ins Haus bringen wollte.

Er hat ihnen diesen Entschluß in seiner ruhigen, entschiedenen Weise mitgeteilt und das Zimmer bezeichnet, das der Patient bewohnen sollte, damit war für ihn eigentlich die Sache abgemacht, aber die befremdeten Blicke seiner Gattin bewogen ihn doch, über seine Beweggründe Aufschluß zu geben. (10.2)